

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **4 (1975)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng,
Rolf Neff, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich,
Tel. (0) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.-
(Ausland Fr. 18.-)
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
quai 94, 8023 Zürich, Tel. (0) 47 34 00

Auflage 37000 Preis Fr. 1.50

Rote Fahnen und Blue Jeans

Ein Blick hinter die Kulissen des bulgarischen Alltags Seite 3

Strafvollzug

Weihnachtsgruss aus dem Knast Seite 4

Sibirien in der Schweiz

Dem Schriftsteller W. M. Diggelmann wurde wegen seiner Kolumnen in «das konzept» das Stipendium entzogen Seite 4

Banken machen Meinungen

Beat Kappeler über die Werbekampagnen der Grossbanken Seite 5

Schokolade-Preis

Am meisten Gewinn für die Spekulanten Seite 6

Propagandaküche der Rechten

Wie die «Verantworlichen» die «Freiheit» der ändern machen Seite 7

Presseprozesse

Gründe und Hintergründe, Tabelle aller Prozesse der letzten 2 Jahre Seite 7

Dieser Aufsatz liegt ein Prospekt für die Zeitschrift «psychologie heute» bei.

Traurige Bilanz

Im Anfang des Jahres 1975 können wir noch einmal zur Kenntnis nehmen, was die Schweiz im Jahre 1973 für die sogenannte Dritte Welt getan hat: 0,28 Prozent zu wenig. Das lässt sich so genau feststellen, weil der Ausschuss für Entwicklungshilfe in der OECD vor vielen Jahren schon für wohlhabende Industriestaaten eine Art Faustregel aufstellte. Die Reichen sollen wenigstens ein Prozent ihres Bruttosozialproduktes an die Armen abführen. Das haben wir bis heute noch nie geschafft. Es gab Jahre, in denen wir nicht einmal auf ein halbes Prozent kamen. 1973 waren es 0,72 Prozent. Bevor Sie «immerhin!» rufen, müssen wir uns die Sache etwas genauer anschauen.

Wenn zum Thema Entwicklungshilfe Offizielles aus Bern verlautet, muss man zwei Drittel zwischen den Zeilen lesen, um alles zu begreifen. Da lesen wir zum Beispiel: «Tatsächlich ist der Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe 1973 annähernd gleich geblieben wie 1972. In Bern von einem Bruttosozialprodukt ausgedrückt, ging sie nämlich von 0,22 Prozent im Jahr 1972 auf 0,16 Prozent im Jahr 1973 zurück.» Man beachte den logischen Kraftakt, mit dem hier ein eklatanter Rückgang um ein rundes Viertel auf «annähernd gleich geblieben» frisiert wird. Ich möchte einmal sagen, wer in Bern von einem annähernd gleich gebliebenen Haushalt spräche, wenn die Einnahmen von einem Jahr zum andern um den vierten Teil abgesackt wären. Für Entwicklungsländer müssen eben ganz andere Berechnungsgrundlagen gelten (sofern die dort überhaupt rechnen können). Ansonsten können wir uns auf die Bank klopfen, denn insgesamt hat die schweizerische Entwicklungshilfe zugenommen, jawohl.

Denn der Viertelsschwund, den ich eben zitierte, bezieht sich nur auf den Umfang der öffentlichen Hilfe, das sind also die Gelder aus dem Staatshaushalt, die äusserlich geleistet werden. Da sind natürlich die Berner Geldvögte auf den Säcken und passen schon auf, dass

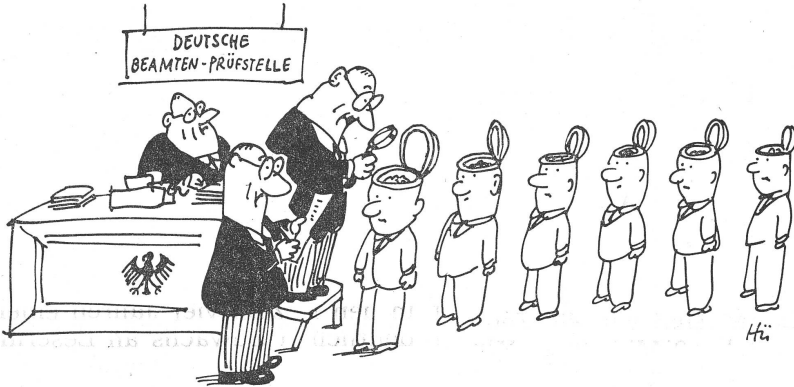
die Neger nicht zu viel bekommen. Aber nun das erlösende Zitat aus Bern: «Wenn die schweizerische Entwicklungshilfe 1973 dennoch insgesamt deutlich zugenommen hat, dann wegen des starken Wachstums der privatwirtschaftlichen Leistungen. Die Leistungen der Privatwirtschaft hatten 1972 noch 89,6 Millionen Dollar betragen und stiegen 1973 auf 208,4 Millionen Dollar oder um 133 Prozent an.» Schwierig zu sagen, was man da besser tate: in Hochachtung erstarren oder in Tränen der Rührung ausbrechen. Schon glauben wir, unsere Ministerien hätten mit ihrer Kleinkrämerlei wieder einmal die geldgierigen Schweizer vor der ganzen Welt blamiert, da kommt unsere Privatwirtschaft, haut sage und schreibe 208 Millionen Dollar, also eine runde halbe Milliarde Franken, auf den Tisch, um die Ehre des Vaterlandes zu retten. Wer hätte das gedacht?

Nur die Naivsten unter den Naivsten natürlich. Denn das, was in der offiziellen Sprachregelung als «privatwirtschaftliche Leistung» im Rahmen der Entwicklungshilfe beschrieben wird, sind ganz einfache Investitionen mit der Spekulation auf hohe Gewinne, in manchen Fällen steuerlich begünstigt. Ich erinnere mich an korrupte Systeme beispielsweise in gewissen lateinamerikanischen Ländern, dann kann er sich ohne übertriebene Phantasie leicht ausrechnen, wie lukrativ privatwirtschaftliche Leistungen als «Entwicklungshilfe» dort werden können. Typische Illustration: «privatwirtschaftliche Entwicklungshilfe» (biss: Geldanlagen) der Schweiz in Afrika ging 1973 von 17,9 Millionen Dollar zurück auf 1,1 Millionen. Warum? Weil es die Afrikaner nicht mehr nötig haben? Oder weil die Chancen sich verschlechtert haben, mehr herauszuholen als man hineinsteckt hat?

Um es auf den kürzesten Nenner zu bringen: die schweizerische Entwicklungshilfe nimmt zu, indem der Staat immer weniger gibt und die Privatwirtschaft immer mehr will. Das hat also der Ausschuss für Entwicklungshilfe in der OECD einmal mehr stocksauer gemacht. Man hat es als Schweizer eben manchmal schwer, von der Welt verstanden zu werden. Roman Brodmann

Signalisiert die Berufsverbotspraxis in der Bundesrepublik die Wiedergeburt des Faschismus?

Querdenker werden ausgemerzt



«Zwanzig Jahre danach, wenn der Geruch von Asche und schwelenden Balken noch immer nicht ganz aus unseren Städten gewichen ist, wenn die jungen Bäume auf den Schlachtfeldern und in der Gegend von Auschwitz so schnell nicht erwachsen werden konnten, da soll dies Deutschland, nadergefahren zur Hölle, nach tausend Jahren wieder auferstanden, aufgelassen bis an die Grenzen von 37, ein solches Gesetz machen und damit nicht den ersten Schritt tun, den alten, unsagbaren Schaden von neuem anzurichten? Ich glaube's nicht. Amen.» Mit diesen Worten kommentierte der Politsänger Dieter Süverkrüp in seinem «Nachtgebet eines Untertanen» die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Deutschen Bundestag. Was damals als masslos übertriebene Befürchtungen eines professionellen Schwarzmalers abgetan wurde, hat sich durch

die Entwicklung der vergangenen Jahre zur durchaus realen Gefahr entwickelt: die unübersehbar Fernormierung der reaktionären Kräfte, der Ruf nach Erneuerung eines «gesunden Nationalempfindens» (Oppositionsführer Carstens in Duisburg), die antikommunistisch verbrämte Hetze gegen jeglichen sozialen Fortschritt und der systematische Abbau demokratischer Rechte, wie er sich vor allem in der jeder Rechtsstaatlichkeit hohnsprechenden Berufsverbotspraxis manifestiert, zeigen fatale Parallelen zum Anfang der «tausendjährigen» Vergangenheit Deutschlands. Soll jetzt die ganze braune Tragödie noch einmal von vorn beginnen? Und ist die gegenwärtig in der BRD (und in der Schweiz?) aufkommende Welle von Berufsverboten gegen Angehörige oder Anwärter des öffentlichen Dienstes ein weiterer Schritt auf diesem Weg?

Die gegenwärtige Berufsverbotspraxis hat in der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bereits eine Vorläuferin: Während des kalten Krieges gipfelte der Antikommunismus in unserem nördlichen Nachbarland in der Entfernung aller kommunistischen Beamten aus dem Staatsdienst, schliesslich sogar im Verbot der *Kommunistischen Partei* (KPD) im Jahr 1956 und in der Inhaftierung zahlreicher ihrer Mitglieder. Parallel zur ausserpolitischen Entspannung schien sich dann aber in den letzten Jahren auch eine Entkrampfung der innenpolitischen Front anzubahnen. Insbesondere der Regierungswechsel zu *Willy Brandt* und die darauffolgende Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten weckten Hoffnungen auf ein Ende der antikommunistischen Hexenjagd. Es kam aber anders.

einerseits durch die Formierung systemkritischer Kräfte in FDP und vor allem SPD – so zum Beispiel im *Sozialdemokratischen* (heute: Sozialistischen) *Hochschulbund* (SHB) und in den Arbeitskreisen der *Jungsozialisten* (Jusos) – andererseits, bilies die Rechte zur Sammlung. Zwar schien ein offenes Verbot der KPD durch das Verfassungsgericht sowohl innen- als auch ausserpolitisch nicht mehr opportun, da nicht nur mit einer starken Solidaritätsbewegung im Innern, sondern auch mit Schwierigkeiten gegenüber den sozialistischen Staaten und den westlichen Ländern mit starken kommunistischen

«So frei sind unsere Schulen» heisst ein Bericht in «das konzept» Nr. 11/74, in dem gezeigt wird, wie kritische Lehrer und Schüler hierzulande mit Repressionen zu rechnen haben. Die Nummer kann nachbestellt werden bei: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, gegen 1.50 Fr. in Briefmarken.

Berufsverbote statt Parteiverbot

Beunruhigt durch das unerwartet rasche Erstarken der 1968 neugegründeten *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) und deren wachsende Verankerung im Bildungs- und Wissenschafts- sektor sowie in den Gewerkschaften

CIA: Immer mehr Tentakeln des US-Gehheimdienstes kommen in letzter Zeit zum Vorschein. Und seitdem bekannt wurde, dass sich der CIA auch in inneramerikanischen Angelegenheiten einmisch, gerät er sogar in den USA unter stärkeren Beschuss. Wer mehr über die «Schergen des Uncle Sam» erfahren möchte, lese «das konzept» Nr. 11/74 und Nr. 12/74. Jede Nummer ist gegen Fr. 1.50 in Briefmarken erhältlich bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Parteien gerechnet werden musste. Doch glaubte man in der damaligen Situation (Anfang 1972) auch mit einer weniger weit gehenden Regelung auszukommen: unter Umgehung eines offenbar unmöglichen Parteiverbotes sollte die demokratische Bewegung durch die Vernichtung der materiellen Existenz ihrer Anhänger und die damit verbundene Abschreckung möglicher Sympathisanten in ihrem Nerv getroffen werden.

Diesem Ziel diente der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972, wonach die Bewerber für eine Beamtenlaufbahn auf ihre politische Überzeugung hin zu überprüfen seien. «Gehört ein Bewerber einer Orga-

nisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet die Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrags.» Was verfassungsfeindliche Ziele sind, bestimmt die prüfende Stelle natürlich selbst.

Der äusserst massiven Kritik an diesem Beschluss auch aus offensichtlich nichtkommunistischen Kreisen soll nun neustens dadurch teilweise Rechnung getragen werden, dass man die Rechtsgrundlagen für diese politischen Disziplinierungsmassnahmen «verbessert»: Der Bundestag hat im November 1974 in erster Lesung einer Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes zugestimmt, die inhaltlich weitgehend mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz identisch ist. Sollte dieses Sondergesetz in Kraft treten, so wäre damit ein weiterer Schritt zur «Rückführung der Bundesrepublik in die Volkergemeinschaft der urgemütlichen Polizeistaaten» (Süverkrüp) vollbracht: vergleichbare Vorschriften kennt in Europa lediglich noch Spanien!

Rasche Zunahme der Berufsverbotsfälle

Hatten der Widerstand breiter Kreise und die Niederlage der CDU/CSU in der vorgezogenen Bundestagswahl vom Dezember 1972 eine konsequente Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses vorerst verhindert, so änderte sich das Bild mit der politischen Tendenzwende, wie sie sich in den Wahlschlägen der SPD in Bayern, Hamburg, Hessen und Niedersachsen manifestierte: Gegen mehr als 100 Angehörige oder Anwärter für eine Stelle im öffentlichen Dienst wurden allein im

letzten Jahr offiziell Sanktionen (Entlassung, Nichteingstellung, Verzögerung der Einstellung usw.) ergriffen. Parallel dazu wuchsen die Zahlen der politisch «durchleuchteten» Personen in Unermessliche: man schätzt, dass seit Erlass des Beschlusses im Januar 1972 über 200 000 Beamte und Beamtenanwärter auf ihre politische Orientierung hin überprüft wurden.

Die veränderte innenpolitische Lage spiegelt sich aber auch in anderer Hinsicht: versuchte man anfänglich, die Stossrichtung der Berufsverbote – nämlich die Unterdrückung antimonopolistischer Bestrebungen – dadurch zu «verschleiern», dass ausnahmsweise auch Angehörige neofaschistischer Organisationen (insbesondere der NPD) einem Überprüfungsverfahren unterworfen wurden, so liess man später auch diese Maske fallen. Von Berufsverboten sind in der letzten Zeit ausschliesslich Mitglieder sozialistischer Gruppierungen betroffen. Vor allem natürlich DKP-Angehörige, in zunehmendem Masse aber auch Mitglieder der linken Flügel von FDP und SPD. So wurden 1974 mindestens 16 eingeschriebene FDP- oder SPD-Mitglieder mit politisch begründeten Disziplinarmassnahmen belegt.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung gehen entsprechende Bestrebungen in der Privatwirtschaft: durch den systematischen Hinauswurf engagierter Betriebsräte, Gewerkschafter, Jugendvertreter usw. soll die Opposition eingeschüchert und mundtot gemacht werden. Betroffen sind natürlich auch hier

vor allem die Mitglieder linker Organisationen.

Fatale historische Parallelen

Berufsverbote gegen Sozialisten sind in der deutschen Geschichte keine Neuheit: Am 22. Oktober 1878 erliess das wilhelminische Deutschland unter seinem damaligen Reichskanzler Bismarck ein «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie», das alle «Vertrieben, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken», verbot. Im § 23 dieses Gesetzes wurde Gastwirten (insbesondere der NPD) ein sozialistische Versammlungen in ihren Lokalen tolerierten, sowie Buchdruckern, Buchhändlern, Bibliothekaren usw., die bei der Verbreitung sozialistischer Schriften behilflich waren, neben einer Freiheitsstrafe auch die Untersagung ihres Gewerbes angedroht. Ein Berufsverbot auch gegen Beamte vorzusehen war zu jener Zeit noch vollkommen überflüssig: dass aus Arbeiterkreisen – damals die einzigen Träger der sozialdemokratischen Bewegung – ein Beamter hervorgerufen würde, war ohnehin nicht denkbar ...

Ausdrücklich gegen politisch andersdenkende Beamte richtete sich das von Adolf Hitler kurz nach seiner Machtübernahme erlassene «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums».

Fortsetzung auf Seite 2

++ redaktionelles ++ redak

«das» wär's

Es würde Sie wohl recht erstaunen, hätten Sie Ihr Kind Engelmar, Idefons oder Adalgunde getauft, wenn sich nun plötzlich bei Ihnen jemand melden würde, der Ihnen eröffnet, er habe seinen Sprössling auch schon mit einem dieser Namen bedacht. Will sagen, dass man als Vater oder Mutter schon recht stolz sein kann, einen exquiten und exklusiven Vornamen ausgewählt zu haben. Aber eben: gelungen und nicht nachgemacht ist manchmal ein Widerspruch. Denn wieso sollen andere so dumm sein, dass sie nicht auch auf die gleiche Idee kommen?

Auf die gleiche Idee wie wir war vor uns – ohne dass wir das festgestellt hätten – auch die Firma Konzept AG in Zürich gekommen. Da es sich nun aber mit Firmennamen nicht wie mit Vornamen verhält und Erwerbungen aus Konkurrenzgründen ausgeschlossen werden müssen, kamen wir mit erwählter Firma überein, unsere Zeitung inkünftig **das konzept** zu nennen. Für Sie, lieber Leser, eine geringe Änderung, denn – Hand aufs Herz – hat es für Sie schon jemals etwas anderes gegeben als «das konzept»? Redaktion «das konzept»

Erklärung von «das konzept» und Konzept AG

Konzept AG. Copyrights in Zürich und die Monatszeitung «das konzept» in Zürich erklären hiermit, dass sie voneinander vollkommen unabhängig sind und keinerlei Beziehungen zueinander haben. Zürich, im Januar 1975 Konzept AG Redaktion «das konzept»

Lichtblitze

Sicher wird Ihnen aufgefallen sein, dass nicht nur der Name, sondern auch das Schriftbild von «das konzept» geändert haben. Dies rührt daher, dass unsere Manuskripte von dieser Nummer an auf der Lichtsatzanlage der «Tages-Anzeiger»-Druckerei gesetzt werden. Neu daran ist, dass nicht mehr, wie auf konventionellen Setzmaschinen, Zeilen aus Blei gegossen werden, sondern dass das Manuskript auf einem Computer-Lochstreifen übertragen wird, der die Lichtsatzanlage steuert. Ein Kathodenstrahl belichtet bis zu 6000 Zeichen pro Minute auf einen Film, der anschliessend zu einer Seite montiert wird. Vor diesem Film wird eine Magnesiumplatte hergestellt, mit der die Zeitung gedruckt wird.

Die Umstellung erlaube uns, auf eine besser lesbare Grundschrift überzugehen und modernere Titelschriften zu verwenden. Wir hoffen, dass auch Sie diesen Vorzug zu schätzen wissen und dass Lichtblitze bei «das konzept» auch in Zukunft nicht allein in der Lichtsatzanlage zu finden sein werden. Redaktion «das konzept»

das die sofortige Entlassung aller Staatsangestellten anordnete, «die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit nicklos für den nationalen Staat eintreten.» Gemeint waren damit neben allen Juden auch alle «Beamten, die der Kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehören.»⁴ Das jetzt geplante Sondergesetz spricht statt vom «nationalen Staat» von der «freiheldemokratischen Grundordnung», und gegen die Juden wagt man heute nicht mehr vorzugehen. Im übrigen sind aber relevante Unterschiede zwischen den beiden «Säuberungsgesetzen» kaum vorhanden ...

Einige Beispiele

Wie derartige Berufsverbote in der Praxis aussehcn, mögen die folgenden drei Beispiele illustrieren:

Bernd Fichter, Assessor des Lehramtes, DKP-Mitglied, wird nach Abschluss seiner Referendardienst- und der 2. Staatsprüfung (Gesamtnote: ausgezeichnet), «unbeschadet seiner hervorragenden fachlichen Qualifikation», nicht in das Beamtenverhältnis übernommen. Offizielle Begründung: Fichter sei zwei Jahre lang für eine DKP-Stratzeileitung verantwortlich gewesen, in dem wiederholt der Rahmen des Erlaubten verlassen worden sei. (Es war natürlich nie ein Strafverfahren wegen Beleidigung, Verleumdung oder eines anderen Delikts gestellt worden!)

Rainer Kordatzki, Lehrer in Auerzell (Bayern), SPD-Mitglied, wird am 30. September 1973 aus dem Schuldienst entlassen. Offizielle Begründung: Kordatzki habe während des Studiums in einer «roten Zelle» mitgearbeitet, er wohne «freiwillig» in einem Haus, aus dem die rote Fahne herausschne, und er bete nicht mit seinen Schülern.

Friedrich Konrad, seit 1960 Volksschullehrer in der Nähe von Nürnberg, 1942 an der Ostfront schwer verwundet, und zu 70% schwer kriegsversehrt, Vater von drei Kindern, soll 1974 aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entlassen werden, womit er auch seinen Rentenanspruch verlieren würde. Aufgrund seiner Invalidität kann er nicht damit rechnen, jemals wieder eine Stelle zu finden. Offizielle Begründung: Disziplinarverfahren: Konrad sei Vorsitzender eines kleinen DKP-Ortsverbandes und habe in dieser Funktion einige Flugblätter unterzeichnet. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Verunsicherte SPD – wehrloses Grundgesetz

Dies alles geschieht in einem Land, das aus einer sozialistischen Partei militärisch wird und dessen Verfassung das ausdrückliche Ziel verfolgte, eine Wiedergeburt des Faschismus auf alle Zeiten zu verhindern. Wie kommt es, dass weder die Bundesregierung noch die in der BRD sehr hoch angesehenen Justiz dem braunen Spinnwebstuhl geboten? Wie ist es möglich, dass der eindeutige Wortlaut des Grundgesetzes laufend so offensichtlich übergangen werden kann?

Es ist nicht zu übersehen, dass die Berufsverbotspraxis immer dann verschärft wurde, wenn die SPD mit inneren Schwierigkeiten kämpfte. Der Ministerpräsidentenbeschluss zum Zwecke, als die FDP/SPD-Koalition in Bonn durch nach wie vor ungeklärte Überläufermanipulationen entscheidend geschwächt war und glaubte, mit einem in-

nenpolitischen Kraftakt aus der Defensiv herauszukommen. Dass man sich mit Zugeständnissen an den reaktionären Kurs von CDU und CSU aber erst recht in die Defensiv manövrierte, realisierte man in der rechten SPD-Führung offenbar nicht. Auch nach den verheerenden Wahlschlägen des vergangenen Jahres scheint man dort nicht zu merken, dass für die Sozialdemokratie rechts nichts zu gewinnen ist. In den parteiinternen Disziplinierungsmassnahmen gegen die Protagonisten des linken Flügels und im Einschnürk auf den Law-and-order-Kurs der Opposition zeichnet sich bereits wieder die gleiche selbstmörderische Defensivstrategie ab: das «Zerbröckeln einer SPD als ideale(r) weil die Arbeiter befähigender» CDU, einer Partei des demokratischen Sozialismus mit selbst aufgestecktem Maßstab».

Wie sehr aber gerade SPD-Angehörige bereits heute Gefahr laufen, selber von den Berufsverbotsmaßnahmen betroffen zu werden, zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher. Oppositionsführer Carstens hat auf dem Hamburger CDU-Parteitag ausdrücklich betont, SPD-Mitgliedschaft sei noch lange keine Garantie für Verlässlichkeit, und der angeblich liberale Politikwissenschaftler Eschenburg schlug einmal vor, «prinzipiell alle aktiven Jungsozialisten und Jungdemokraten vom öffentlichen Dienst auszuschließen! Dass sich selbst die Inhaber höchster Partei- und Staatsämter vor der faschistischen Hexenjagd nicht in Sicherheit bringen können, bewies die Aufdeckung des Skandals um den Bundesnachrichtendienst: unter den wegen Verdrachts der Verfassungseindlichkeit illegal überwachenden Personen befanden sich zum Beispiel auch Willy Brandt und Herbert Wehner, eine Reihe von SPD-Bundestagsabgeordneten, die früheren Bundesvorsitzenden der Jungdemokraten und der Jungsozialisten, Heiner Bremer und Carsten Voigt, sowie hohe Gewerkschaftsführer, wie Otto Brenner, Heinz Kluncker, Leonhard Mahlein usw.

Noch schwieriger zu verstehen ist aber, dass die bundesrepublikanische Justiz es fertigbringt, diese Berufsverbotspraxis mit der verfassungsmässig garantierten Meinungsfreiheit oder mit Art. 33 des Grundgesetzes in Einklang zu bringen, wo es heisst: «... Die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienst erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.» Und es ist schwer zu fassen, dass der Chor der BRD-MC-Carthers von einer «Verfassungsfeindlichkeit» spricht, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation ergebe, obwohl das Grundgesetz die Befugnis, die Verfassungswidrigkeit einer Partei oder einer anderen politischen Vereinigung festzustellen und eventuelle Verbote auszusprechen, ausdrücklich dem Bundesverfassungsgericht (für Parteien) und im Innenministerium (für andere politische Vereinigungen) vorbehält. Irgendwelche Verbote gegen die betroffenen Organisationen sind aber weder ausgesprochen noch irgendwo beantragt.

Es ist hier nicht der Ort, die juristischen Schlagentänze darzustellen, mit denen verteidigt wird, eine so offensichtlich verfassungswidrige Verwaltungspraxis zu rechtfertigen. Wie unhaltbar alle diese Manöver tatsächlich sind, belegen die zahlreichen Stellungnahmen fortschrittlicher Juristen zu den Berufsver-

boten.⁶ Dass es Rechtfertigungsversuche aber trotzdem gibt und dass sie auch von höchsten Instanzen unternommen werden, zeigt deutlich, was Geistes Kind die deutsche Verfassungsrechtsprechung zu einem erheblichen Teil noch immer ist: «Die herrschende Meinung zur Interpretation' (in Wirklichkeit: zur Umdeutung) des normativen Sinns der wichtigsten General Klausel der Bundesrepublikanischen Verfassung wurde von einer Professorenchar geprüft, die (wie zum Beispiel die Schule Carl Schmitts, Ernst Forsthoft, Hilde Peter Ipsen, Ernst Rudolf Huber, Hans Carl Nipperdey, F. A. Freiherr von der Heyde und wie sie alle heissen) ihre Sporen im Verfassungssystem vor 1945 erworben hat und deren Verzeichnis ihrer damaligen juristischen Leistungen man im «Gelehrten-Kürschner von 1942» nachlesen und dann überprüfen mag. Sie waren an der Wiederherstellung der alten Eigentumsstrukturen in der Wirtschaftsgesellschaft und nach der Restauration im CDU-Staat – besonders berufen, als frühere Verfechter des Führer-Staates oder aller möglichen Ordnungslehre oder Theorien vor der totalen Staat nunmehr die freiheldemokratische Grundordnung durch ihre eigenen Publikationen und diejenigen ihrer Schüler zu definieren ...»

Beunruhigende Hintergrundmusik

Der ganze makabre Feldzug gegen die «Radikalen im öffentlichen Dienst» spielt sich vor einem Hintergrund ab, der nicht minder Anlass zu tiefer Sorge sein müsste: da wird in unperrigierten Ordnungsrechten an den Universitäten die rechtliche Handhabung geschaffen, jede noch so geringe politische Regung aus Studentenkreisen mit der Relegation zu sanktionieren; da werden – einmal mehr nach Hitlerschem Vorbild – die Vertretungsorgane der Studenten einer peinlichen Kontrolle unterworfen oder gleich ganz abgeschafft; da wird eine Strafprozessreform durchgeführt, die elementarsten Rechte der Angeklagten und ihrer Verteidiger beseitigt; da wird auch schon erzwungen, Demonstrationenfreiheit und Streikrecht so einzuschränken, dass davon kaum noch etwas übrig bleibt.

Und da wird, ebensamt, aber systematisch die nationalsozialistische Vergangenheit in ein besseres Licht zu rücken versucht: in Fernsehern, in einer Flut von Büchern und Filmen über die Hitler-Zeit und vor allem in Springers vor kurzem geborener Zeitschrift «Das III. Reich» wird sorgfältig am Bild der Geschichte herumklüffelt, wertlos herausgehoben und in den Hintergrund gerückt und das angeblich Positive der Hitler-Zeit – Ordnung, Vollbeschäftigung usw. – in buntesten Farben dargestellt. Objektiv, versteht sich. Dass diese gleichen Kreise den faschistischen Putsch in Chile nicht nur begrüssen, sondern aktiv unterstützen (siehe den Skandal um den CDU-Bundestagsabgeordneten von Gewandt), dass sie den antifaschistischen Putsch in Portugal nicht nur bedauern haben, sondern jetzt aktiv Reformen verhindern (siehe die Berichte der portugiesischen Regierung über Wirtschaftssabotage durch ausländische Unternehmen), kann eigentlich kaum mehr erstaunen. Übrigens: schon Hitler testete seine Strategie im spanischen Bürgerkrieg, bevor er loslief.

Stehen wir vor einem neuen 1933?

Steuert also die Bundesrepublik geradewegs auf ein neues 1933 hin? Fest steht, dass starke Kräfte aus Wirtschaft und Politik aktiv auf die Wiederherstellung einer faschistischen Gesellschaft hinarbeiten und dass diese Bestrebungen in letzter Zeit erhebliche Fortschritte erzielt haben. Fest steht ausserdem, dass die Verächter rechtsextrem Tendenzen sich sowohl innen als auch aussenpolitisch, kurzfristig gesehen, in der Offensive befinden und dass deshalb mit einer weiteren Verschärfung der Repression gerechnet werden muss. Fest steht aber auch, dass der demokratische Widerstand gegen den sich abzeichnenden Neofaschismus wächst. So war zum Beispiel die erste Lesung des Berufsverbotsgesetzes im Bundestag von einer gewaltigen Protestwelle im In- und Ausland begleitet, die bis weit in bürgerliche Kreise hinein Unterstützung fand. Fast jeder neue Fall von politischer Disziplinierung löst heute eine Flut von Kundgebungen zwecks Solidarisierung mit dem Betroffenen aus, die gelegentlich sogar zur Rücknahme einer Sanktion führen. Die von der CDU/CSU vorgeschlagenen Änderungen des Strafrechts und des Strafprozessrechts stiessen teilweise auch bei konservativen Juristen auf klare Ablehnung. Die SPD-Führung hat zunehmend Schwierigkeiten, ihren Rechtskurs, insbesondere das Verbot jeder Aktionseinheit mit Kommunisten, an der Parteibasis durchzusetzen. Vor kurzem hat sich auch die Uno eingeschlossen auf Veranlassung der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen hin hat Generalsekretär Waldheim die Bundesregierung aufgefordert, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, wonach die Berufsverbotspraxis in der BRD eine offensichtliche Verletzung der Menschenrechte darstelle.

Die wachsende Widerstand, vor allem auch aus dem Ausland, wird den neofaschistischen Bestrebungen vorerst einmal Grenzen setzen. Man wird nicht zuzulassen, dass 1975 ein zweites 1933

Es sagten...

der Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll: «Was in diesem Land vorgeht, ist ja Wahnsinn!»

der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Frankfurt Heinrich Düx: «Es gehört in der Tat in den Bereich des einfachlich Fassbaren, dass in einer Zeit, in der man sich nach dem Prinzip des nationalsozialistischen Unrechts gegenüber den Angehörigen und Anwärtern des öffentlichen Dienstes wiedergutzumachen, bereits neue Tatbestände ähnlicher Struktur zu verzeichnen sind. (...) Es ist für alle ermutigend und bestützend, denen Demokratie mehr als ein heuchlerisches Lippenbekenntnis bedeutet, erneut Personen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen zu sehen, die eine von den etablierten Parteien abweichende Minderheitsmeinung vertreten.»

der ehemalige EWG-Kommissar für Agrarpolitik Sico Mangholt: «Wenn die verschiedenen über die Berufsverbote vorliegenden Berichte den Tatsachen entsprechen, so erinnert dies an faschistische Methoden.»

der Präsident des Bundesverfassungsgerichts und CDU-Politiker Ernst Benda: «Wenn man das Ziel, das ich politisch erreichen möchte, auf Grund der heute geltenden Rechtslage nicht erreichen kann, sollten die politischen Verantwortlichen sich zusammenzusetzen und über die Qualität der Gesetze, die die rechtlichen Regelungen so ändern kann, ... dass man dieses Ziel erreicht.»

die SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Walkhoff und Prof. Günter Slotz: «Wenn es heute bereits wieder üblich ist, dass man Weltanschauung und Parteilichkeit nicht nach der Qualität der Bewerber entschieden wird, dann dürfte der Tag nicht mehr fern sein, an dem deutsche Schulen, Universitäten und Behörden erneut von politischen Gegnern gesäubert werden. Auch Sozialdemokraten könnten eines Tages wieder zu den Betroffenen gehören.»

der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Carstens:

wird, damit 1976 kein zweites 1933 wird. Trotzdem besteht auch bei uns die Gefahr der Faschismus auch heute noch ist, zeigt sich nicht nur in Spanien und Südamerika, sondern auch in Italien und Portugal täglich, und dass die Schweiz gegenüber solchen Tendenzen immun sei, wird niemand behaupten, der die schweizerische Berufsverbotspraxis (vgl. «das Konzept» Nr. 11/74) kennt oder die Bemühungen verfolgt, Radio und Fernsehen auf die rechte Linie zu zwingen (vgl. «das Konzept» Nr. 12/74). Und: «So wagt hätte einmal fast die Welt regiert! Die Völker wurden seiner Herr, jedoch/Dass keiner uns zu früh triumphiert hätte! Der Schoss ist fruchtbar noch aus dem das kroch!» (Bertolt Brecht, «Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui»)

Christoph Folge

Anmerkungen:

1) Zum innenpolitischen Hintergrund der Berufsverbote vgl. Gerhard Study, «Funktionen und Fol-

«Heute genügt es nicht mehr zu sagen, dass man SPD-Mitglied ist, um glaubhaft zu machen, dass man überzeugter Demokrat und Verfechter der freiheldemokratischen Grundordnung ist.»

der frühere Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg: «Merken die Sozialdemokraten gar nicht, welche Munition gegen sich selbst sie für die Dreggers und die Strausse liefern, wenn die morgen regieren? Haben sie völlig vergessen, welche Munition 1930 in ähnlicher Weise Braun und Severing für Papen 1932 und Göring 1933 bereitgestellt haben? Geschichte scheint nach Meinung der SPD-Führung dazu zu tun, dass man nicht daraus lernt.»

der Ordinarius für Öffentliches Recht und Wissenschaftliche Politik an der Universität Bremen Gerhard Study: «Die vor dem Zustandekommen der Ministerpräsidentenbeschlusses gestellte Frage «Stehen wir vor einem neuen Sozialistengesetz?», muss jetzt mit Ja beantwortet werden. Die Handchrift Bismarcks ist unverkennbar. Für jeden geschichtsbewussten Sozialdemokraten muss es bedrückend sein zu sehen, dass sich der führende Teil der Sozialdemokraten, als gäbe es die Erfahrungen mit dem Mehrheitssozialismus der Weimarer Zeit nicht, bedenkenlos dazu einsetzen lässt, ihr eigenes und aller Demokraten Grab zu schaufeln.»

der Polizeipräsident der Stadt Duisburg Hans Jürgensen: «Hüten wir uns vor den falschen Propheten! Sie meinen nicht die Demokratie, sie meinen nicht die Humanität, sie meinen nicht den inneren Frieden. Denn sonst würden sie die Bannerträger der Freiheit, Demokratie und des sozialen Fortschritts nicht als roten Spuk bezeichnen.»

der viele Jahre im KZ inhaftierte evangelische Theologe Martin Niemöller: «Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.»

gen der antidemokratischen Berufsverbote in der BRD», in «Demokratie und Rechts» (1973), S. 152 ff., und Gerhard Study, «Der Widerstand gegen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1973 und ihre Auswirkungen», in «Blätter für deutsche und internationale Politik», 1973, S. 25 ff.

2) Zum gegenwärtigen Stand der Berufsverbotspraxis vgl. «Zwischenfälle des neuen McCarthyismus in der Bundesrepublik», in «Blätter für deutsche und internationale Politik» (1974), S. 1226 ff.

3) § 4 des Gesetzes vom 7. April 1933.

4) Aus der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933.

5) Peter Becker, «Die Berufsverbotspraxis als Vehikel zur Fundamentierung des Grundgesetzes», in «Blätter für deutsche und internationale Politik» (1974), S. 384.

6) Vgl. «Blätter für deutsche und internationale Politik» (1972 und 1974), S. 3 ff. bzw. S. 340 ff.

7) Wolfgang Abendroth, in «Blätter für deutsche und internationale Politik» (1972), S. 7.



In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das Konzept» neuerschlossene Bücher für seine Leser.

Das neue Gratisbuch

«Es kommt auf Dich an, lieber Leser, ob Du mit diesem Buch etwas anfangen kannst, ob Du Dich seinen Anregungen öffnen willst. Es wäre schade, wenn Du dieses Buch als Schutzstoffmaterial, Regenschutz oder Schmutzjagdmarkierung verwenden würdest. Falls es Dich anodet: Gib es weiter! Leiste Dir das Abenteuer: Lies darin! Das Gratisbuch ist nicht zur Kenntnis zu nehmen.» Soweit ein Auszug aus dem Vorwort der ergänzten Neuauflage des Gratisbuches. Es geht um das Anliegen – oder Texte – von insgesamt 60 Schweizer Autoren, bekannteren und unbekannteren, vor allem jüngeren. Das Gratisbuch wird von besonderen Verteilern, die meist in der Tagespresse angekündigt werden, verbreitet.

Marxismus interdisziplinär

Einmal mehr Marx! Dieses Mal wird gleich aus mehreren Rohren gefeuert: aus philosophischen, wissenschaftstheoretischen, aus geschichtswissenschaftlichen, ökonomischen, aus rechtswissenschaftlichen. Was Mitte November bei Hoffmann und Campe als Taschenbuch erschienen ist, hat den Anspruch, gleich Studierende und Wissenschaftler der verschiedensten Richtungen anzusprechen. Die einzelnen Themenkreise sind von verschiedenen Autoren, von Fachleuten behandelt, übrigens alle uni-

verstärkt etabliert. Die Auseinandersetzung mit Marx geschieht also nicht, von parteilichbezogenen Standpunkt, sondern von einem (ebenso parteilichen) parteilosen der Wissenschaft aus. Vielleicht hält der akademische Anstich manchen engagierten Linken davon ab, das Buch zu lesen. Dabei übersieht er aber vielleicht die Bedeutung, welche das Buch gerade darin haben kann, dass es die Marx-Diskussion innerhalb der Intellektuellen nicht einseitig nach Fachrichtungen vorantreibt, sondern eine interdisziplinäre Verbindung zwischen ihnen zu ziehen versucht.

Marx und Marxismus heute

G. Breitenbürger, Günther Schmitzler

hoffmann & campe

(Hsg. «Standpunkt», ca. 160 Seiten, ca. 12 DM

das Konzept

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich in allen Hochschulen, Technika, Lehramtsstudien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kosmos. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Raimstrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Telefon (0) 41 47 75 30, Postschekkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Neff, Beat Schweinrubler.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugestellte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Insetzte: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich. Tel. (0) 41 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach 80021 Zürich, Telefon (0) 39 30 30.

Redaktionschluss Nr. 2: 31. 1. 75
Inseratenschluss: 7. 2. 75

Junge Leute und sozialistischer Alltag in Bulgarien

Zwischen roten Fahnen und Blue Jeans

Wer kennt schon Bulgarien?

Man reist nach Prag, nach Budapest oder Warschau und findet dort einen Alltag vor, der trotz allen Unterschieden stark von der westeuropäischen Lebensweise geprägt ist. Bulgarien hingegen, das bis heute stets im Hintergrund blieb, steht der Sowjetunion viel näher und hat sich den verderblichen Einflüssen aus dem kapitalistischen Westen nie im gleichen Masse ausgesetzt. Die jungen Bulgaren sind weniger westlich orientiert als die Jugendlichen in anderen osteuropäischen Staaten. Junge Leute in Bulgarien wissen wenig über die junge Generation im Westen. Uns geht es ähnlich: Wissen wir, wie der Alltag für die jungen Bulgaren aussieht? Kennen wir ihre Einstellung zum bulgarischen Sozialismus? In seinen Reiseeindrücken versucht Nicolas Lindt diese Frage zu beantworten.

Auf einer Parkbank in Sofia sitzt ein junger Bulgare. Wo die Nationalgalerie ist, will ich gern wissen von ihm. Statt einer Antwort steht er auf und kommt gleich mit. In gebrochenem Englisch stellt er sich als Elektronikstudent vor und erklärt mir, dass er genug Freizeit habe, denn der Vater finanziere das Studium. In der Nationalgalerie hat es wenig Leute, und sobald wir allein in einem Raum sind, gibt der Student zu, dass er den Kommunismus schlecht finde, dass in Bulgarien eine sowjetfreundliche Funktionärsclique herrsche und nur das Gesundheitswesen lobenswert sei. Dass es auch in der Schweiz junge Kommunisten gibt, kann er nicht begreifen. Dafür bittet er mich, ihm meine Jeans zu verkaufen. Und ob ich zufällig westliche Zigaretten bei mir hätte?

Sobald ich ein Café betrete, werde ich von jungen Typen gefragt, ob sie nicht meine Jeans haben könnten. Damit mir der Entschluss leichter fällt, werde ich sogleich zu einem Coca-Cola eingeladen. Danke, lieber ein Bier. Was ich denn gegen ein Coke habe, das sei doch das beste westliche Getränk. Zwischenfrage: «Hast du kein Pornohörtel bei dir, aus Deutschland? Kennst du «Deep Purple»? Wie findest du Mick Jagger?»

Wenn ich bulgarische Volksmusik hören wolle, müsse ich aufs Land gehen.

In Bulgarien dauert der Militärdienst achtzehn Monate, obligatorisch. Dienstverweigerer gibt es offiziell keine. Mit kahlgeschorenen Köpfen rücken die jungen Männer ein, absolvieren zu nächst zahlreiche Theoriestunden und leisten vor allem im zweiten Jahr praktische Arbeit. Das bedeutet auch Zivildienst: Arbeit in Spitätern, auf dem Land, in Fabriken. Wiederholungskurse gibt es nicht.

Während der langen Rekrutungskurve hat der Soldat entsprechend mehr Urlaub und Freizeit als bei uns. Urlaub bedeutet, dass man die Uniform ausziehen kann; je besser man arbeitet, desto mehr Freizeit gibt es. In Sofia und auf dem Land stösst man ständig auf Soldaten und Unteroffiziere, die – weit entfernt von zu Hause – in den Cafés sitzen und ihre Freizeit totschiessen. Einmal setzt sich ein junger Panzersoldat an meinen Tisch und erzählt, er müsse nur noch siebzig Tage durchhalten, dann habe er den Dienst hinter sich. Er hat die Nase voll, will nicht sofort zu seinem Vater nach Belgien reisen, er würde als bulgarischer Botschafter arbeiten. In Bulgarien ist der strebsame junge Georgi unzufrieden, Jugoslawien reizt ihn mehr, dort wartet auf ihn eine Ausbildung, die eine Karriere verspricht, dort spürt er einen «Hauch von Westen», er kann in westliche Länder reisen und wird als Botschaftersohn weitere Vorteile gemessen. Bulgarien ist für Georgi passé.

Für Schweizer ist das Leben in Bulgarien mindestens um die Hälfte billiger. Die Bulgaren selbst finden es nicht billige, «Luxusgüter» wie Kühlschrank, Fernseher oder gar das begehrte Auto, sind für die meisten Einheimischen schon gar nicht erschwinglich. Eine kleine Minderheit hingegen kann sich mehr leisten: technische Kader, Spezialisten, hohe Beamte und Funktionäre – diese «neue Klasse» orientiert sich häufig am westlichen Lebensstandard und fühlt sich unzufrieden im einfachen Alltag der Volksrepublik, die eben das Herstellen künstlicher Konsumgüter nicht im gleichen Masse kennt wie wir. In Bulgarien gibt es kein Überangebot, und auch die Nachfrage bleibt auf lebensnotwendige Konsumgüter be-

schränkt. Wenn Vertreter der «neuen Klasse» während einer Auslandsreise von den materiellen Zückerchen des Kapitalismus gekostet haben, vermissen sie nachher die Luxusangebote, das «bessere Leben». Das färbt ab auf die Söhne und Töchter, die sich ebenfalls mehr für die westlichen Verführungen interessieren als für den Aufbau des Sozialismus im eigenen Land. Diese privilegierten Jugendlichen leben – gegenüber ihren proletarischen Altersgenossen – bequem und sorglos, beschäftigen sich teilweise kaum mit den Problemen ihres Landes, werden (als Studenten) auch nicht speziell damit konfrontiert. Kommen sie dann mit westlichen Jugendlichen in Kontakt, so erzählen sie nicht stolz von den sozialistischen Errungenschaften Bulgariens seit der Revolution. Vielmehr wollen sie ihre Vorstellungen (Illusionen) vom schönen Leben im Westen bestätigt sehen. Sie sind auch nicht so sehr an unseren Problemen interessiert als vielmehr an unseren materiellen Möglichkeiten. Das «offizielle» von der osteuropäischen Presse und in der Schule vermittelte Bild vom Kapitalismus (siehe zum Beispiel im Bericht des sowjetischen Journalisten E. Rosenthal über die Jugend im Westen, «Hippies und andere», Arche-Verlag) – dieses eindeutig negative Bild wird durch ein «inoffizielles», positives Bild relativiert. Westtouristen bringen es mit. Berichte von Bulgaren, die im Westen waren, ergänzen es, hinzu kommen westliche Zeitschriften, Gerüchte, Vermutungen... Nichts ist schwieriger, als diese falschen Vorstellungen wieder abzubauen und glaubhaft über die tatsächlichen Verhältnisse bei uns zu berichten.

Von Sofia aus reise ich los, aufs Land und in die Berge, sowie weiter in die Provinz vor. Vom gleichgültig behandelten Touristen werde ich zum neugierig beobachteten Fremden. Viele Bulgaren haben noch nie einen Reisenden aus dem Westen gesehen. Auch die Jungen

Bildung in Bulgarien

Alle Schulen der Volksrepublik Bulgarien sind staatlich und kostenlos. Vom fünften Schuljahr an ist die Schule aufgebaut nach dem Prinzip der «polytechnischen Bildung, die dem Schüler ermöglichen soll, in unterschiedlichem Mass die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion zu erlernen und an der Produktionsarbeit teilzunehmen» (Brockhaus). Neben Abendmittel- und -oberschulen, gut ausgebauten technischen Schulen und Fachhochschulen existieren auch 12jährige Sanatoriumsschulen für tuberkulöse Kinder.

Mit über 100 000 Studenten reisen Bulgaren in dritter Stelle aller Länder, was die prozentuale Anzahl von Hochschülern betrifft.

reagieren zuerst mit einer gewissen Scheu. Aber nie spüre ich Abneigung oder Misstrauen, man akzeptiert mich überall spontan – als Besucher aus einer anderen Welt.

Mit dem Bus auf holprigen, gewundenen Strassen von Ort zu Ort. Auf den Dorfplätzen stehen die Jungen in Gruppen herum; Die Burschen tragen alle Kurzhaarschnitt und stecken in schwarzen, abgetragenen Kleidern – die Mädchen haben Zöpfe und lange Röcke. Einige sind etwas «modischer» gekleidet, aber alle kommen ohne Schminke aus. So wirken sie alle sehr natürlich. Sie sind aufgeschlossenere als die Landjugend im Westen. Hier in Bulgarien

hat der Sozialismus das hinterste Dorf erfasst und es mit der Welt verbunden. Überall sieht man Propagandaaplakate und Anschriften, in der Schule befasst man sich damit, in der Zeitung liest man davon, die Parteimitglieder sprechen darüber: der Aufbau des Sozialismus bedeutet auch für die Landbevölkerung die aktive Teilnahme an einer grossen kollektiven Bewegung. Man ist nicht allein, man fühlt sich integriert in die gemeinsamen, solidarischen Anstrengungen im ganzen Land. Jedes Dorf nimmt am Sozialismus teil, jedem Jugendlichen bietet das System Möglichkeiten, sich vielseitig auszubilden



Bulgarien: Mehr als nur Folklore

und so die provinziellen Scheuklappen abzuliegen. Das ist die eine Seite. Aber die junge Generation auf dem Land weiss auch, dass trotz Sozialismus und Solidarität in den Zentren besser gelebt wird als in der Provinz. Wer aus Sofia, Burgas oder Plovdiv heimkommt, erzählt von all den schönen Dingen, die es im Dorf eben nicht gibt. So, wie viele Jugendliche in Sofia vom Westen träumen, wollen viele junge vom Land das Leben in den bulgarischen Städten kosten. Alle diese Verlockungen, ausserdem alle Unzulänglichkeiten des bulgarischen Systems machen es der jungen Generation unglaublich schwer, konsequent den sozialistischen Prinzipien nachzugehen. Der Staatsapparat ist starr, bürokratisch, von Moskau abhängig, und die führenden Kräfte sind mächtig, auf ihre eigenen Vorteile bedacht – keine guten Voraussetzungen also in Bemühen, die gesamte junge Generation für den sozialistischen Weg zu gewinnen. In vielen Bereichen fehlt dem bulgarischen System die nötige Attraktivität.

Ankunft in einem Dorf, am späten Nachmittag. Der letzte Bus zum nächsten Städtchen ist abgefahren; ich stehe auf dem Dorfplatz und weiss nicht weiter. Verstoßen werde ich von den Leuten gemustert, bis ein junger Soldat mir bedeutet mitzukommen. Er führt mich ins Haus nebenan, zu seinem Chef. Hinter dem kleinen Schreibtisch hockt ein beliebiger Offizier, offenbar Kommandant der im Dorf stationierten Einheit, mit einem verschwitzten Gesicht, die Mütze in den Nacken geschoben. Kaum stehe ich vor ihm, schieben sich zwei junge Männer in den Raum; Sie begrüssen mich kaum, wollen sofort meinen Pass sehen und fragen nach dem Woher und Wohin. Wir können uns nur in Zeichensprache verständigen, aber mir wird sofort klar, dass ich nicht auf eigene Faust weiterreisen darf, sondern hier im Dorf übernachten muss. So plötzlich, wie sie erschienen sind, verschwinden die beiden Männer auch wieder. Es sind die Dorfpolizisten, erfahre ich später, gleichzeitig aber auch die lokalen Politkommisare, junge und überzeugte Kommunisten, loyale Parteigenossen mit politischer Schulung und sehr bestimmten Auftreten. Sie wirken völlig anders als die jungen Bulgaren, die ich bisher kennengelernt habe. Diese beiden Typen haben mit den westlich orientierten Konsumjugendlichen aus Sofia wenig gemeinsam, sie leisten politische Arbeit für ihr eigenes Land, im Dienste des Volkes und der Partei. Die ideologische Überzeugung dieser jungen Männer ist echt, ihr Engagement im Dorf ist ehrlich und uneigennützig. Sie tun ihre Pflicht als gute Kommunisten an der Basis – an den Machenschaften oben im Parteiparapparat tragen sie keine Schuld.

Ein salopp gekleideter junger Mann schiebt sich durch die Herumstehenden und spricht mich auf französisch an.

Sofort seht sich die Menge um uns und verfolgt unser Gespräch aufmerksam. Der junge Mann stellt sich als Französischlehrer am örtlichen Gymnasium vor und ist überglücklich, endlich wieder einmal seine Französischkenntnisse anbringen zu können. Den Dorfbewohnern gibt er deutlich zu erkennen, dass er persönlich mein Gastgeber ist: Als einziger im Dorf kann er sich mit mir unterhalten, er allein kennt die nötigen Umgangsformen, ihm als kultiviertem, gebildetem Zeitgenossen bedeutet der Besuch eines Ausländers kein sensationelles, nur interessantes Ereignis – das scheint er den einfach gekleideten, staunenden Dorfbewohnern mit seinem Auftreten zeigen zu wollen. Dass er insgeheim stolz ist, kann der Französischlehrer trotzdem nicht verbergen. Er begleitet mich den ganzen Abend, so dass im ganzen Dorf klar wird: Emile – mit vornehmem, Französischem «e» – am Schluss – hat Besuch aus dem Westen.

Emile, der Intellektuelle aus der Industriestadt Plovdiv, betont, dass er hier nur eine kleine Wohnung, in der Stadt aber noch ein Hauschen besitzt. Er will nicht als einfacher Dorflehrer abgestempelt werden, den Kontakt zur «Welt» will er nicht verlieren. Mehrmals erwähnt er seine Studienaufenthalte in Frankreich, zeigt mir Bilder, Adressen, Erinnerungen. Sein Französisch wird immer gewandter, akzentfreier, je länger

er mit mir spricht, seine Augen leuchten, wenn er mein schlechtes Französisch korrigieren, mir beim Formulieren helfen kann. In seiner einfachen Wohnung, die ihm von der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt wird, spielt er mir französische Chansons vor – Charles Aznavour und andere Stars, die für Emile Kulturgut bedeuten, bei uns aber als Schlagersänger gelten... Der Französischlehrer zeigt mir sein «Reich» – die grosszügig gebaute Schule am Ende des Ortes. Mit all ihren Einrichtungen lässt sie keinen Zweifel daran, dass im sozialistischen Bulgarien dem Bildungswesen grosse Bedeutung beigegeben wird. Emile führt mich in seinem Schulzimmer eine Unterrichtsstunde vor: mit Hilfe von Sprachlabor, Dia-Projektor und Tonbandgerät für jeden Schüler, als ob das selbstverständlich wäre. In Bulgarien hat der Staat jede Schule mit diesen Hilfsmitteln ausgestattet. Keine Dorfschule braucht sich der Stadtschule gegenüber beneidlich zu fühlen. Und Emile hat in eigener Initiative noch etwas Besonderes eingeführt: Esperanto als Freifach. Die Schüler können mit esperantokundigen Kollegen in anderen Ländern korrespondieren. So hilft ihnen Emile, den Anschluss an die Welt nicht zu verpassen und aus der provinziellen Abgeschlossenheit herauszukommen.

Die Schüler – sie stehen im Teenageralter, kurz vor der Matura – sind stolz auf ihren weltmännischen Lehrer, der sie nun sogar mit einem Schweizer bekannt macht. Emile demonstriert ihnen, dass ein Leben in der Provinz wenig bringt, dass man als kultivierter Städter weiterkommt. Die meisten seiner Schüler werden in Plovdiv oder in Sofia studieren – in der Provinz bleiben bedeutend zurückbleiben, vergessen werden. Lehrer wie Emile zeigen den Schülern nicht, wie wichtig es gerade wäre, den Aufbau auf dem Land voranzutreiben und so die Spaltung zwischen Stadt und Provinz abzubauen. Die Aufenthalte im Westen haben ihre Wirkung bei Emile nicht verfehlt.

Letzter Eindruck von Emile: Abends nimmt er mich mit ins Dorfzentrum, wo zur Feier von Lenins Geburtstag ein sowjetischer Spielfilm gezeigt wird. Halblaut übersetzt mir Emile laufend, was im Film gesprochen wird. Damit stört er die andern Zuschauer. Das hindert ihn aber nicht, seinerseits autoritär Ruhe zu gebieten, sobald andere Zuschauer miteinander flüstern oder leise lachen. Heute hat Emile seinen grossen Tag – er kann sein Französisch, seine Bildung, seine Aufgeschlossenheit beweisen. Als mit Minderwertigkeitsgefühlen belasteter Städter in der Provinz hat er diese Selbstbestätigung nötig.

Der Deutschlehrer hat es sich nicht nehmen lassen, mich am frühen Morgen auf den Bus zu begleiten: Im Gegensatz

zum jüngeren Emile gibt dieser ältere Mann offen zu, dass er sich mit seinem Platz in der Provinz längst abgefunden hat. Er strebt nicht das Leben in der Stadt an, er weiss, dass er hier im Dorf gebraucht wird. Wohl auch er seine Schüler mit westlichem Gedankengut bekannt machen, aber er will nicht von der westlichen Mentalität überzeugen. Dieser Deutschlehrer hat nicht die Gewandtheit von Emile, er macht aus seinem Staunen, aus seiner Aufregung über den Besuch aus der Schweiz kein Hehl – und er wirkt viel eher sympathischer und ehrlicher dabei. Ich sehe ihn noch lange an der Bushaltestelle stehen und mir nachwinkeln, froh darüber, dass er mich kennengelernt hat, aber nicht unzufrieden, dass er hier im Dorf bleiben muss.

Zusammen mit sechs jungen Leuten betritt ein älterer Herr das Asteil und sieht mich erstaunt an: Meine Kleidung, mein Rucksack verraten sofort den Fremden. Trotzdem spüre ich mich von der Gruppe sogleich akzeptiert, einbezogen: kein argwöhnisches Mustern, sondern spontan der Versuch, mich mit mir zu reden. Ein paar englische, französische und deutsche Brocken, vor allem aber Zeichensprache – und schon werde ich zum gemeinsamen Abendrot eingeladen. Der Zug fährt auf Sofia zu, zurück ins Zentrum, das für diese jungen Leute gleichzeitig Ausflugsziel ist. Sie leiten die Jugendgruppe einer Parteisktion aus der Provinz, das ältere Mitglied ist ein langjähriger Parteigenosse, wie er mir in brüchigem Englisch erklärt. Das Verhältnis zwischen ihm und den Jungen ist erstaunlich kameradschaftlich und tolerant. Es stört ihn keineswegs, wenn eines der Mädchen neben ihm mit ihrem Freund Zärtlichkeiten austauscht. Gleichzeitig scheinen die Jungen ihrem älteren Kollegen stillschweigend die grossere Erfahrung zuzugestehen: Wenn er mir zu erklären versucht, warum er den Sozialismus in Bulgarien unterstützt, hören sie ihm gespannt zu – sie anerkennen ihn als ehrlichen Kommunikanten, der schon bei der Revolution mitgegangen und sich auch demütig. Man spürt immer wieder, dass die junge Generation auf dem Land die alten Kämpfer keineswegs ablehnt oder ignoriert.

Zurück in Sofia, sitze ich in ein Café. Zwei dunkelhäutige Typen kommen an meinen Tisch, sie kommen aus Algerien um absolvieren hier in Sofia eine spezielle technische Ausbildung. Schon vier Jahre sind sie hier, erzählen sie, aber es gefalle ihnen überhaupt nicht. Die Ferien würden sie jedesmal dazu benutzen, in den Westen zu reisen. Ob ich nicht gleicher Meinung sei, meint der eine Algerier, dass man hier in Sofia so vieles verzichten müsse, was im Westen selbstverständlich sei: Mode, neue Rock-Musik, schnittige Autos, attraktive Diskotheken... Für die sozialistischen Errungenschaften in Bulgarien interessieren sich diese Ausländer nicht besonders. Für die Bulgaren auch nicht. Schade, dass nur so selten junge Leute aus dem Westen in die Stadt kommen, sagen sie.

Im gleichen Café, wo die beiden Algerier ihre Freizeit totschiessen, sitzen manchmal auch Julia und Sveti: Das Mädchen gross, dunkel, mit stark slawischen Gesichtszügen, ist 22jährig und wohnt noch in der winzigen Wohnung seiner Eltern, wie viele junge Bulgaren. Sein Vater ist Arbeiter, trinkt und lacht gerne, die Mutter bleibt zu Hause, führt Näharbeiten aus, hält die kleine Wohnung sauber und ist stolz auf die Tochter. Das gibt zu tun: Sie hilft Julia beim Nähen der Kleider, denn das Mädchen hält nichts von den gekauften Modelkleidern. Früher war das anders: Julia dachte wie ihre Kolleginnen an Kleider, Schminken, Parties und interessierte sich wenig für anderes. Diese Zeit sei jetzt – auch für viele ihrer Freunde – vorbei, findet Julia aber: Sie hilft Julia beim erwachsenen geworden und beschäftigt sich auch mit Politik, mit den sozialistischen Ideen. Schon mehrmals hat sie in ihren Ferien bei Arbeitseinsätzen auf dem Land mitgemacht. Sie sagt, dass sie den sozialistischen Weg unterstützen wolle, obwohl sie weder im Jugendverband noch in der Partei Mitglied ist.

Sveti, ein 26jähriger Kunststudent, hält ebenfalls nicht mehr viel von einem oberflächlichen Leben ohne Engagement. Auch er ist politisch interessiert; immer wieder geht er mit anderen Studenten aufs Land, um in den Dörfern bei der graphischen Gestaltung von Plakaten und ähnlichen Arbeiten mitzuhelfen und die Bevölkerung anzuleiten. Sveti und Julia leben beide bewusst in der sozialistischen Realität ihres Landes. Sie interessieren sich für Besucher aus dem Westen, aber sie leben ihr eigenes Leben. Man kann sagen: sie sind stolz auf ihre Heimat, Wenn Sveti mir bei sich zu Hause seine einzige Platte aus dem Westen vorspielt – eine alte Donovan-LP –, dann spielt er sie, weil ihm die Musik gefällt. Das ist die Hauptsache, findet Sveti. Und dann legt er eine Platte mit bulgarischer Volksmusik auf.

Nicolas Lindt

Kontaktinserate in «das Konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

Volksrepublik Bulgarien

Fläche: 110 928 qkm Einwohner (1970): 8,5 Millionen Hauptstadt: Sofia (800 000) Nach dem Zweiten Weltkrieg forcierte Entwicklung der Industrie, so dass die Relation zwischen Industrie- und Agrarproduktion, die 1939 noch 25:75 betragen hatte, sich heute auf 80:20 beugnet. Organisation der Landwirtschaft in sogenannten Produktionsgenossenschaften und Staatsgütern, die in Agrar-Industrie-Komplexen zusammengefasst sind. Ziel dieser Komplexe ist eine innerbetriebliche Spezialisierung und eine optimale Konzentration der Produktion durch Einführung industriemässiger Technologien und einer rationalen Organisation und Leitung. Hauptzweige der Landwirtschaft: Getreide, Sonnenblumen, Tabak, Gemüse-, Obst- und Weinbau, Viehzucht und Rosenzucht.

Seit 1939 Erhöhung der industriellen Produktion um mehr als Vierzigfache. Führend ist die Maschinenindustrie, Ausbau der energetischen Grundlagen (erstes Atomkraftwerk in Südosteuropa), leistungsfähige chemische und Nahrungsmittelindustrie.

Sibirien in der Schweiz

Unterstützt W. M. Diggelmann!

Wegen «gewisser Briefe und Zeitungsartikel, die Sie geschrieben haben» (so die Zürcher Literaturkommission), hat der Kanton Zürich unserem Mitarbeiter Walter Matthias Diggelmann den kantonalen 6000-Franken-Anteil an ein Werkjahrstipendium verweigert. Die andere Hälfte hatte das Eidgenössische Departement des Innern auf Anweisung von Bundesrat Hans Hürlimann bereits an Diggelmann ausbezahlt. Auch in der Literaturkommission lag ein formulierter Antrag pro Diggelmann bereit. Doch im rechten Moment intervenierte man, man kennt das nachgerade, Erziehungsdirektor Dr. med. Alfred Gilgen. Er machte der Literaturkommission klar, dass seine Regierungskollegen wie er gegen einen Diggelmann-Beitrag sein würden, dass deshalb ein entsprechender Antrag der Literaturkommission an den Regierungsrat wenig sinnvoll sei. Die Kommission kapitulierte, verzichtete auf den Antrag. Unter anderem hatte Gilgen Diggelmanns «konzept»-Kolumne über «Alexander Solschenizyns heiles Innenleben» bemängelt. Der Politiker, der vorschnell seine Flügel über Solschenizyn breitet, merkt wohl nicht, dass er gegenüber Diggelmann ähnlich verfährt wie die Sowjetunion mit ihrem unbequemen Schriftsteller.

(Eine Zwischenbemerkung für alle, die Diggelmann nun vorwerfen, er mache gegenüber dem gleichen Staat die hohle Hand, den er noch und noch kritisiert habe: Zum einen hat ein Diggelmann seine Heimat Schweiz mindestens so lieb wie beispielsweise ein Alfred Gilgen. Zum andern, zum Finanziellen: Im Gegensatz zu manchem jungen Schriftsteller hat Diggelmann bisher nie ein Werkjahrstipendium erhalten. Als er vor einem Jahr völlig mittellos und zudem an den Folgen eines persönlichen Schicksalsschlags leidend, nach Zürich zurückkehrte, erhielt er von der Stadt Zürich einen Fürsorgebeitrag von 2000 Franken, damit er wenigstens die Arztrechnungen zahlen konnte. Im Herbst zeichnete ihn die Stadt mit einem Anerkennungspreis von 3000 Franken für seinen Erzählband «Reise durch Transdambien» aus. Seine letzte Steuerrate aus finanziell glücklicheren Zeiten konnte er dennoch nur dank einem privaten Darlehen seines Verlegers begleichen.)

Zum Grundsätzlichen: Im Fall Diggelmann wurden Steuergelder, die zur Förderung des kulturellen Schaffens vorgesehen sind, offensichtlich dazu be-

nutzt, einem politisch missliebigen Schriftsteller eins auszuwaschen. Bei allen Ausflüchten, die die Literaturkommission mittlerweile vorbringt, bleiben letztlich als offen zugegebener Grund für die Verweigerung des Werkjahres die «Briefe und Zeitungsartikel, die Sie geschrieben haben». «Meinungsausserungsfreiheit», heisst es jeweils an 1.-August-Reden.

Diggelmann selbst hat, nachdem er den abschlägigen Entscheid der Literaturkommission erhalten hat, Bundesrat Hürlimann unter anderem geschrieben: «Was mich schmerzt, ist nicht in erster Linie der finanzielle Verlust, sondern die Tatsache, einsehen zu müssen, dass in der Schweiz Kräfte am Werk sind, die von denjenigen der Sowjetunion nicht so verschieden sind, wie die betreffenden Leute es wahrhaben möchten. Was mich schmerzt, ist die Tatsache, dass auch hier politische Äusserungen schwerer wiegen als literarische Qualität und dass auch hierzulande ein Schriftsteller ebendieser Äusserungen wegen diskriminiert werden kann. Wir haben kein Sibirien, aber wir haben Stipendien, die verweigert werden können. Und damit ist auch hierzulande die freie Meinungsäusserung in Frage ge-

stellt. Denn wo kein Geld mehr vorhanden ist, ist auch bei uns ein Schriftsteller zum Schweigen verurteilt.»

Die 6000 Franken hat Diggelmann inzwischen trotz allem erhalten: «Vorstand und Verlagskommission der Genossenschaft Z-Verlag, Basel, haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, dass die Literaturkommission des Kantons Zürich aufgrund einer Intervention von Regierungsrat Gilgen den zürcherischen Anteil eines vom Eidgenössischen Departement des Innern bewilligten Werkstipendiums an Walter Matthias Diggelmann gestrichen hat. Der Hinweis auf gewisse Briefe und Zeitungsartikel, die Sie geschrieben haben», in der Begründung der Absage bedeutet einen akuten Fall von Gesinnungsterror und Diskriminierung. Die Genossenschaft Z-Verlag solidarisiert sich persönlich und politisch mit Diggelmann. Im persönlichen Bereich hat sie dafür gesorgt, dass Diggelmann der vorenthaltene Stipendienanteil von 6000 Fr. sofort zu kommt. Da die Genossenschaft über

keine eigenen Mittel verfügt, hat sie durch Freunde den entsprechenden Betrag vorfinanzieren lassen. Die Genossenschaft Z-Verlag ruft auf, sich diesem Protest anzuschliessen und sich finanziell mit Diggelmann zu solidarisieren. Beiträge können einbezahlt werden auf Postcheckkonto 40-9931, Z-Verlag, Basel (Stichwort: Solidarität mit Diggelmann). Nach Abschluss der Aktion erhalten alle Sympathisanten eine Abrechnung.»

Dass zahlreiche Spender inzwischen die 6000 Franken der Genossenschaft Z einbezahlt haben, darf man als kleines Plebiszit pro Diggelmann (und kontra Gilgen) verstehen. Ich meine, das Plebiszit sollte weitergeführt werden. Beteiligt auch an der Sammlung der Genossenschaft Z! Im Moment ist nicht mehr die Höhe des Beitrags wichtig, sondern die Zahl der Spender. Zählt einen, zwei oder sogar fünf Franken ein! Dies ist die eine Seite der Solidarität mit Diggelmann. Die andere, vielleicht wichtigere, ist die: Kauft und lest die Bücher von Diggelmann! Geht in den nächsten Taschenbuchladen oder in die nächste Buchhandlung und besorgt zum Beispiel «Freispruch für Isidor Ruess» (Fischer-Taschenbuch 1171) oder «Ich heisse Thomy» (Fischer-Taschenbuch 1412). Jürg Frischknecht

Erfahrung wisse, wie empfindlich sie gerade in der Festzeit seien.

Zum viertenmal rätsle ich daran herum, wie die Schulmeister, die ihren Schülern ein Jahr lang eine heile Welt oder zumindest eine heile Schweiz vorliegen, diesen Schülern dann die Existenz der Gefangenen erklären, denen sie an jedem Christfest mit ihren Grüßen eine Freude zu bereiten hoffen.

Zum viertenmal pumpe ich mich mit Tranquillizern aller Art voll, fülle mich dann mit Unmengen Kaffee, versuche so, in einen Zustand zu gelangen, der mir die feststehende Totalisolation erträglich macht, und frage mich, warum Alkohol verboten ist, der sicher nicht schädlicher ist und auch den Gefangenen ein Vergessen und Abreagieren ihrer höchst unerfreulichen Gefühle ermöglichen würde, die nicht das Glück haben, ihre Wut und ihre Einsamkeit in die Schreibmaschine hämmern zu können.

Nicht erst zum viertenmal frage ich mich, warum Gefangene Selbstmord begehen und nicht die Richter, von denen sie in die Dunkelheit gezwungen werden, aus der sie keinen Ausweg mehr finden zu können glauben – besonders an Weihnachten, die sie ohne die geringste Kontaktmöglichkeit in ihren Zellen verbringen müssen.

Nicht zum erstenmal frage ich mich, weshalb selbst an diesem Fest der Liebe die sogenannte Sicherheit und Ordnung dieser Strafanstalt wichtiger ist als jedes menschliche Entgegenkommen.

Wissen möchte ich, ob ein Justizbeamter noch mit der gleichen Unbekümmertheit einen Suizidversuch als Disziplinwidrigkeit bewerten würde (so geschehen im Jahr 1974), wenn er einige Jahre – inklusive Weihnachten, Neujahr, Fastnacht, Ostern, Pfingsten und Knabenschüssen – in einer Einzelzelle verbracht hätte, ohne Sonntag mit der Familie, ohne Herbstferien im Engadin, ohne Einladungen bei Freunden, ohne Nächte mit Frau oder Freundin, ohne Sommer auf Mallorca, ohne das Bier nach Feierabend, ohne den Zahltag Ende Monat, ohne die Möglichkeit zu telefonieren, ohne einen Brief schreiben zu können, der nicht von Fremden gelesen wird, ohne die Möglichkeit, seine Wohnung zu verlassen, wann und so oft er will.

Wissen möchte ich, wann die Generation geboren wird, wann sie an den Universitäten studieren wird, die es zustande bringt, dass Weihnachten im Gefängnis nicht mehr ein kümmerliches Alibi, eine bemühende Gelegenheit für Stimmungsbilder und Bittelaktionen ist, sondern Bestandteil eines nicht bloss humanen, sondern eines vor allem sinnvollen Strafvollzugs. ... Kant. Strafanstalt Regensdorf ZH

Weihnachtsgruss aus dem Knast

Der nachstehende Bericht aus einer Gefängniszelle erreichte uns in den letzten Tagen des vergangenen Jahres. Wir veröffentlichen ihn unverändert, da er eindrücklich zu zeigen vermag, wie die Realität des Strafvollzugs für denjenigen aussieht, der hinter den Gittern sitzt. Den Namen des Autors haben wir nicht angegeben, um ihn vor alltäglichen Repressionen zu schützen.

Weihnachten 1974, Kantonale Strafanstalt Regensdorf

Ganz genau gesagt, ist mir Weihnachten 370 cm lang und 240 cm breit, wie meine Zuchthauszelle, denn in ihr verbringe ich Weihnachten nun zum viertenmal.

Zum viertenmal lasse ich mich in diesen Mauern durch gedankenlose Wünsche für frohe und glückliche Festtage beleidigen.

Zum viertenmal staune ich darüber, dass man glaubt, uns mit Gaben und Geschenken (maximal sieben Kilo) glücklich machen zu können, die wir uns jeden Tag im Migros selbst kaufen könnten, hätten die alljährlich Gaben-

spendenden endlich den Mut, sich während des ganzen Jahres – nicht nur vom 24. Dezember bis zum 1. Januar – für uns einzusetzen, sich wenigstens für uns zu interessieren.

Zum viertenmal sitze ich in meiner Beinahe-Grabkammer, die besonders an Festtagen für viele meiner Mitgefängenen sehr leicht zum Sterbezimmer, wenn's gut geht; zur Gummizelle wird und ich frage mich, was ich mit den zwei Tannenästen soll, die man mir auf den Tisch legt.

Zum viertenmal suche ich die Quelle zu ergründen, aus der der Mut oder eher die Unverfrorenheit entspringt, die es denselben Leuten erlaubt, uns eine «stille Vorfreude und frohe Festtage» zu wünschen, deren Hauptbeschäftigung es während des ganzen Jahres ist, uns daran zu hindern, unsere Tage einigermaßen erträglich zu verbringen; die dieser Beschäftigung so begeistert obliegen, dass sie jeweils im November daran erinnert werden müssen, die Gefangenen in den nächsten Wochen etwas anständiger zu behandeln, da man ja aus

das konzept zu Wirtschaftsfragen

Nr. 12/74	Superreiche	Was der Holliger-Bestseller nicht sagt ...
Nr. 10/74	Video-Geschäft	Wie die Video-Konzerne neue Märkte erschliessen
Nr. 7+8/74	Führungsmethoden	Die Kehrseiten der «modernen Führungstechnik» oder: immer noch Zückerchen und Peltse
Nr. 4/74	Machtmissbrauch	Ein Originalbrief, der zeigt, wie die Grossindustrie sog. «unabhängige» Parlamentarier für sich einspannt
Nr. 3/74	Wirtschaftsmacht Schweiz	«Das heimatliche Imperium – ein Wasserkopf?»
Nr. 1/74	Multinationale	Beat Kappeler über die wachsende Macht der Multis
Nr. 2/5 Nr. 2/6 Nr. 2/7	Mitbestimmung	Ein Interview des CNG-Präsidenten Guido Caselli über die Gewerkschaften, eine ausführliche Analyse der Mitbestimmungsfrage, ein Vergleich mit der Situation in der BRD
Nr. 2/3	Arbeitsbedingungen in der Fabrik Supermacht USA	«Menschen sind billiger» «Die Notenpresse finanziert den Krieg um die Rohstoffe»
Nr. 2/2	Inflation	Beat Kappeler zeigt, wer die Inflation wirklich macht
Nr. 2/1	Aktiensystem	Wie Firmen andere in der Hand haben können
Nr. 1/5	EWG	«EWG – einige werden gewinnen»

Jede Nummer ist gegen Fr. 1.50 in Briefmarken erhältlich bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Bezirksschulverwaltung Schwyz

Wir suchen für unsere Sekundarschulen in

**Brunnen
Schwyz
Steinen
Sekundarlehrer(innen)
phil. I und II**

Besoldung nach neuer kantonaler Verordnung plus Teuerungszulagen und Ortszulagen. Anwendungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an die Bezirksschulverwaltung des Bezirks Schwyz, Herrn Kaspar Hürlimann, Bezirksschulverwalter, 6410 Goldau SZ, Telefon Büro (043) 21 20 38, Privat (041) 82 10 95.

Primarschulrat Eichenwies
9463 Oberriet SG

Wir suchen eine(n)

Lehrer oder Lehrerin

für die 3. und 4. Primarklasse mit 30 Kindern auf den Schulbeginn im Frühjahr 1975.

Auch will die Lehrerin der 1. und 2. Klasse – sie steht im pensionsberechtigten Alter – vom Schuldienst zurücktreten, sobald für sie ein Ersatz gefunden werden kann. Auch diese Stufe umfasst rund 30 Schüler.

Unsere Schulgemeinde liegt mitten im St.-Galler Rheintal und gehört politisch zur Gemeinde Oberriet. In unserem Schulhaus werden die Klassen 1 bis 6, und zwar im Zweiklassensystem geführt. Die Hilfsschule und die Abschlussklassen werden durch einen Zweckverband geregelt und in einem benachbarten Schulhaus geführt. Unser Schulhaus ist vor 20 Jahren gebaut worden. Die Einrichtungen und technischen Apparate sind alle vorhanden und garantieren die Möglichkeit einer zeitgemässen Unterrichtsgestaltung. Im Moment läuft die Projektierung einer Turnhalle mit Nebenräumen sowie Turnanlage im Freien. Für das Schulbad führt ein Carunternehmen die Klassen zum Hallenbad nach Altstätten.

Sofern Sie Interesse haben, an unserer Schule eine der beiden Stufen zu übernehmen, sind wir gerne bereit, allfällige Fragen miteinander zu besprechen. Es würde uns sehr freuen, wenn Sie mit unserem Präses, Gallus Mattli, Wiesenstrasse, Eichenwies (Telefon 071 78 13 59), in Verbindung treten würden.

Der Primarschulrat

ABGABETERMINE

sind oft entscheidend. Benachrichtigen Sie uns frühzeitig – dann wird Ihr Termin zu unserem Termin. Wir

SCHREIBEN VERVIELFÄLTIGEN BINDEN

Ihre wissenschaftlichen und technischen Arbeiten.

Ihr Wohnort spielt keine Rolle.

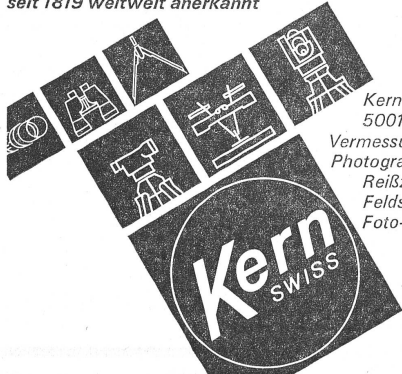
Dactylo-Bureau-Service
F. u. U. Hiss, Telefon (061) 23 11 55
Frobenstrasse 42, 4053 Basel

Waldschule Horbach sucht

Lehrer/in

zu 8 normalbegabten Buben mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten (2./3. Klasse, 5-Tage-Woche). Bedingungen: Ausbildung als Heilpädagogin oder Sonderschullehrer, mehrjährige Schulerfahrung, enge Zusammenarbeit mit Heim, Therapeuten und Eltern. Auskunft erhalten Sie beim Heimleiter Mani Planzer, (042) 21 05 32.

Kern-Instrumente
seit 1819 weltweit anerkannt



Kern & Co. AG
5001 Aarau
Vermessungsinstrumente
Photogrammetrische Instrumente
Reißzeuge
Feldstecher,
Foto- und Kinoobjektive

Mit Inseraten, Broschüren und interner Ausbildung sorgt die Wirtschaft für wirtschaftsgerechte Meinungsbildung

Das Unternehmen als Schule der Nation

Eine ziemlich eng verzahnte Mischung von Werbung, Information und Wirtschaftskunde für Laien kommt seit zwei Jahren aus den Public-Relations-Stellen der Grossunternehmen, vor allem der Grossbanken. In selbstgesuchter gesamtgesellschaftlicher Verantwortung stellen diese selbsternannten Volksaufklärer vor ihr selbstgewähltes Publikum. Die drei Kanäle der Beeinflussung bestehen aus ganzseitigen Zeitungsinseraten, aus reich illustrierten Broschüren und Lehrheften auf Glanzpapier und aus betriebsinterner Schulung.

stellen aber auf 177,9 Punkte. «Hauptstern die Grossbanken Arbeitskräfte?» fragte sich wiederum der Bankverein, nicht ganz ohne Grund, in einem Inserat. Als Rechtfertigung muss einmal mehr die These von der Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft herhalten, und man verweist auf Post, Verkehr und Gastgewerbe. Wer die Statistiken kennt, weiss, dass in diesen Bereichen die Beschäftigtenzahl 114,1 Punkte nicht überstieg, wobei das Gastgewerbe sogar auf 99,5 Punkten verharrte.

Dieser überproportionalen Ausbuchung des Finanzsektors in der Schweiz ging auch ein Inserat der Bankgesellschaft nach und fand heraus, dass die Finanzplatzfunktionen des schweizerischen Bankwesens, des Flurkostenverhaltens (unter anderem), 6,8 Milliarden Franken aus dem Ausland einbringen. Grosszügigerweise rechnete die Bank aber auch die Versicherungserträge, die Kapitalerträge der Industrie und Holdinggesellschaften und die Lizenzentnahmen hinzu, um zu diesem enormen Betrag zu kommen. Aber dieses Inserat am Schluss des Inserats hiess: «Eine Beeinträchtigung dieses Wirtschaftszweigs als eines wichtigen Devisenbringers würde daher vitale Interessen unseres Landes tangieren.» Dass das internationale Ansehen unserer Aussenpolitik von «Solidarität und Neutralität» tangiert wird, wenn Halb- oder Milliardarden als nichtauszahlbar erklärt werden, von den vitalen Interessen der Hungernen in Äthiopien ganz zu schweigen, übergeht diese Argumentation. Denn die Banken treiben ja keine (Aussen-) Politik.

Der Bankverein übernahm seinerseits die Vertretung der Bankbeteiligungen in der Industrie. Nur 2 Milliarden Franken Beteiligungen stünden in den Grossbankbilanzen zu Buch. Dazu unter diesen – wie üblich zwecks stiller Reservewidmung stark abgeschriebenen – Wertschriften allein die Pakete der Kreditanstalt bei Elektrowatt und Jeinolli Ende 1973 gegen eine halbe Milliarde Franken ausgeschütt haben müssen, enthielt dies als Tiestapelei.

Gegen den Vorwurf, die Grossbanken verdienten zuviel (1973 zusammen 310 Mio. Rendite auf 156 Mio. Abschreibungen und Rückstellungen), argumentiert der Bankverein: «Je besser die Bank arbeitet, je mehr Reserveposten sie über die Jahre hinweg bilden kann, um so sicherer sind die Kundengelder. Die Grossbanken treffen in dieser Hinsicht alle Vorkehrmassnahmen.» Dies lässt sich mit Blick auf die 519 Millionen nicht leugnen.

Der Index aller Beschäftigten stieg in der Schweiz seit 1966 von 100 Punkten auf 103,9 Punkte, jener der Bankange-

In der Defensive

Ein grösserer Teil Inserate richtet sich gegen die steigende Kritik, die den Banken entgegenschlägt. Mit dem politischen Einfluss der Grossbanken befassen sich mit drei Viertel Jahren Abstand Bankgesellschaft und Bankverein. Man erinnere sich an die wirkungsvolle Drohung der Bankwelt gegen das Notenbankinstrumentarium 1969 (der Nationalrat beschloss «Nichteintreten») und lese im Inserat der Bankgesellschaft: «Die in breiten Kreisen unseres Volkes bestehende Meinung, die schweizerischen

Studentenreisedienst und Lehrlingslegitimationskarte

Ende gut, alles gut

PF. Rüde angeschossen wurde in letzter Zeit der «Schweizerische Studentenreisedienst» (SSR) vom unlängst entstandenen Konkurrenzunternehmen «Junior Travel Service AG» (JTS). Gegenstand der Angriffe der in Zürich domizilierten AG gegen die studentische Selbsthilfegenossenschaft: das Einschreiten des SSR gegen die Herausgabe einer sogenannten «Lehrlingslegi» durch den JTS und den «Verband Schweizer Lehrlinge» (VSL), die z. T. personell miteinander verflochten sind. Diese Lehrlingslegi, die eine grobe Fälschung der Studenten-Reiselegitimationskarte darstellte, musste inzwischen vom VSL und der JTS AG zurückgezogen werden.

Anfangs Mai letzten Jahres hatten die JTS AG und der VSL eine grossangelegte Werbekampagne gestartet, mit der die neue Legitimationskarte für Lehrlinge propagiert werden sollte. Die Karte sah bis ins Detail gleich aus wie der internationale Studentenausweis ISIC, mit Ausnahme des Wortes «Apprentice», das auf der Nachahmung das auf der ISIC aufgedruckte «Student» ersetzte. In der Eile hatten die Kopisten sogar vergessen, den russischen Text auf der Studentenkarte ihrem Ausweis anzupassen und hatten ihn einfach wörtlich übernommen.

Grobe Fälschung

Da die ISIC, soll sie als Ausweis anerkannt werden, gegen Fälschungen geschützt werden muss, baten deren Herausgeber, die «International Student Travel Conference» (ISTC) und der SSR die JTS auf dem Verhandlungswege, die Lehrlingslegi zurückzuziehen. Als diese Verhandlungen nicht fruchteten, sahen sich die ISTC und der SSR gezwungen, über die Gerichte ein Verbot der Lehrlingslegi zu erwirken. Der VSL gibt nun eine neue, vom Studentenreiseausweis verschiedene Karte heraus. Bedauerlich ist nur, dass er und die JTS AG nicht zu ihrem Fehler stehen konnten, sondern an die Öffentlichkeit gelangten und

sich als Opfer studentischer Kleinlichkeit darstellten.

Von seiten des SSR mussten deshalb einige Präzisierungen abgegeben werden: Die ursprünglich vom VSL und der JTS AG herausgegebene Lehrlingslegi war darauf angelegt, die Schweizer Lehrlinge in unannehmbare Weise zurückzuführen, indem ihnen vorgegaukelt wurde, sie hätten mit diesem Ausweis Anrecht auf die gleichen Vergünstigungen wie die Studenten mit der ISIC. Diese Vergünstigungen lassen sich im wesentlichen in folgende zwei Gruppen aufteilen:

- Berechtigung zur Teilnahme an Studentenreisen
 - Weitere ermässigte Reisedienstleistungen wie Spezialtarife auf Linienflügen, in Museen, in Hotels etc.
- Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Ermässigungen aus verständlichen Gründen nicht von den Herausgebern der Legi beschlossen werden können, sondern nur von den zuständigen Behörden, die den entsprechenden Dienstleistungen anbieten. So wird z. B. der Kreis der Teilnahmeberechtigten auf Studentenflügen, nicht von den Studentenreisebüros, sondern von der «European Civil Aviation Conference» (ECAC) festgesetzt. Der SSR ist schon vorhin beim Schweizerischen Luftamt vorstellig geworden, um für eine Ausdehnung der Teilnahmeberechtigung auf die Lehrlinge zu plädieren. Ebenso verhält es sich mit dem Kreis der berechtigten Kartenbezügler für die ISIC: nicht der SSR sondern die ISIC allein kann diesen definieren.

Wer aber betritt der SSR, ...

- dass er eine Organisation der Lehrlinge als solche begrüss, ebenso wie die Herausgabe einer einheitlichen Legitimationskarte für Lehrlinge, vorausgesetzt, dass diese nicht die ISIC nachahmt.
- dass sich jeder auch Lehrlinge mit dem SSR reisen können und reisen.

Der SSR hat sein gesamtes Angebot stets für alle Kategorien von Jugendlichen offengehalten, soweit dies die behördlichen Bestimmungen (z. B. über die Flüge) ermöglichen. Seit zwei Jahren hat diese Haltung sogar im Zweckartikel der Genossenschaft ihren Niederschlag gefunden. Es ist also einmal mehr als Irreführung zu bezeichnen, wenn den Lehrlingen vorgegaukelt wird, es gebe nun «endlich» ein Reisebüro für sie, indem man ihnen, wie die JTS AG u. a. Reisen, die bei anderen Reiseorganisationen eingekauft werden, anbietet, die sie bei diesen Organisationen direkt zu einem billigeren Preis erhalten.

- Der SSR hat den prozessualen Weg nur deshalb beschritten, weil die vorangehenden Verhandlungsangebote zu keinem Resultat geführt hatten.

Kurzsichtige Bankenlogik

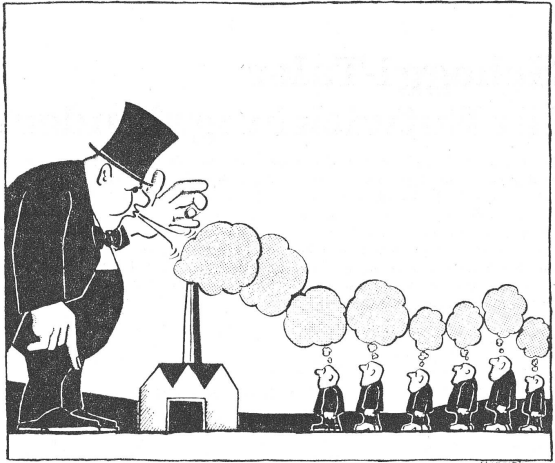
Ihr früheres Inserat über «Wohnungs- und Wohnbesitz» würde die Kreditanstalt heute fünf Viertel Jahre später, kaum mehr so stolz drucken lassen. Der Bauboom unter sorgloser, bis zu 90% gehender Finanzierung der Grossbanken war 1973/74 auf seinem Höhepunkt, und was seither von ihm blieb, sind die Erinnerung an hohe Inflationsraten bei Bau- und Bodenpreisen, um eine völlig überdimensionierte Aufblähung der Bauindustrie. Was die Kreditanstalt als eine «der grössten Leistungen unserer Wirtschaft» lobte, wäre vielleicht anderswo nicht in diesem Ausmass passiert, wo die Banken den Bauhythmus nicht derart beschleunigten, «schon gar nicht in zentral gelenkten kollektivistischen Staaten, wo das Parteikomitee bestimmt, für wen gebaut wird, um die Kreditanstalt zu zitieren.

Eine andere Art von Kurzsichtigkeit tsichte der Bankverein über die «Legenden um das schweizerische Bankgeheimnis». Auf Mit nicht einsehender Logik ist dieses Inserat, wenn das Bankgeheimnis der Bank verbietet, den schweizerischen Steuerbüroden Auskünfte zu erteilen, dann dürfte sie dies «natürlich» auch ausländischen Behörden gegenüber nicht. Und dann tritt eine der schweizerischen Grossbanken, die bei jeder Devisen- und Kapitalverkehrsbeschränkung immer, wenn das Bankgeheimnis der Weltwundersystem reden: «Wenn deshalb Steuerflüchtlinge aus dem Ausland in die Schweiz und vielleicht (!) auch auf Konten bei den Grossbanken fließen, dann liegt es an den Ursprungsländern, die nötigen Gesetze zu erlassen, um dies zu verhindern.» Das Argument ist selbst wiederum völlig umgedreht, denn gerade die Schweiz, nicht die Ursprungsländer, hat eine zu weiche Gesetzgebung, welche die Steuererträge des Auslandes unterhält.

Weisheiten aus der Mottenkiste

Die Grossbanken verlassen sich nicht nur auf die Streuwirkung ihrer Tagesinserate, sondern verfassen Broschüren, die auf Jugend und Schulunterricht abzielen. Die Bankverein-Schrift «Volkswirtschaft geht uns alle an» mit 55 Seiten farbigen Illustrationen muss massenhaft an Lehrer und Schulen verschickt worden sein.

Die Theorien darin fassen die klassischen Konzepte des 18. und 19. Jahrhunderts in übereinanderlicher Form zusammen: «Jede Veränderung der Nachfrage, des Angebots oder des Preisniveaus bringt die Marktstruktur zum Gleichgewicht – aber nur vorübergehend, denn bald spielt sich auf neuem Niveau wieder ein Gleichgewicht ein. Dieses freie Spiel der Kräfte ist ein Kennzeichen der gesunden freien Markt-



wirtschaft.» Die wesentlichen Punkte dieser freien Marktwirtschaft (was ist «unfreie» Marktwirtschaft?) lauten nach Bankverein: «freies Unternehmertum», «freie Berufsausübung», «Recht auf Privateigentum», «Vertragsfreiheit», «private Initiative», «Konkurrenz», «Kraft des Marktes». Das Glaubensbekenntnis folgt sogleich mit grossem Gefühlswort: «Zweifelloos vermag diese Wirtschaftsordnung den Menschen nicht nur die heissgeliebte Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet zu geben, sondern sie ermöglicht auch einen hohen Lebensstandard.» Dass die oben zitierten wesentlichen Punkte der Marktwirtschaft (besser: der Privatwirtschaft) eigentlich nur Unternehmerrechte enthalten und dem Mann, der nicht selbst Eigentümer von Produktionsmitteln ist, nur gerade die freie Berufsausübung zuweisen, spricht für sich und braucht keine weitere Erläuterung. Die einzige Alternative zur Privatwirtschaft scheint die zentralgeleitete Planwirtschaft zu sein, als deren nennenswertestes Merkmal der Bankverein-Text den Schülern vorrechnet, dass dort «bisher immer wieder gelegentliche Versorgungslücken wenigstens teilweise» durch die privaten Kleinbetriebe überbrückt werden konnten.

Dass im übrigen drei Produktionsfaktoren in der Fabrik an den Werten weiten, ist selbstverständlich, ebenso, dass sie nicht gegeneinander, sondern «harmonisch» wirken müssen.

Das «ABC der Wirtschaft» steuerte der Konsumentenschützer Vital Gawronski für die «Wirtschaftsförderung» Ideen bei. Besser als das Gratisbüchlein der Bankvereins demonstriert dieses Werk

schon äusserlich, was unternehmerische Initiative ist: es kostet 7 Franken und fällt beim zweiten Durchblättern auseinander, so schlecht ist der Einband. Die Argumente sind hier etwas geschickter und werden an obere Schulstufen gerichtet, aber die Rückgriffe auf fossile Theoretiker wie Wilhelm Röpke, den kein Wissenschaftler mehr mit gutem Gefühl zitiert, sind noch zu finden. Auch hier wird die Worthilfe und da direkt lyrisch um den harten Kern herum: «Zuskontrollen sind der Markt- und Wettbewerbswirtschaft und ihren insgesamt so erfolgreichen Ergebnissen genauso abträglich wie Preis- und Lohnkontrollen», meint Gawronski.

Wirtschaftsförderung alphabetisiert

Im Dienste der Wirtschaftsförderung errichtet Gawronski in seiner Broschüre die alte Theorie der Konsumentensouveränität in neuer Herrlichkeit, obwohl gerade dies das rote Tuch aller Konsumentenverbände auf der Welt geworden ist. «Auf dem Waren- und Leistungsmarkt gibt jeder Konsument gleichsam seine Stimme ab, indem er sich für den Ankauf eines Artikels entscheidet oder den Ankauf verweigert.» ... so hat sich der Hersteller solchen Wünschen zu beugen. «Dieses Leitbild der Verbraucherabstimmung auf den Märkten ist zweifellos die wirkungsvollste Form wirtschaftlicher Demokratie, die sich denken lässt.» Als ob die Stimmabgabe (das heisst die Kaufkraft) demokratisch

Walter M. Diggelmann: «Erlesenes»

«Nie mehr Steuern zahlen!»

Und auch nie wieder Bücher führen, Belege sammeln oder sich übers Finanzamt ärgern. Wie? Durch Verlegung Ihres ersten Wohnsitzes nach Andorra, den Bahamas, Monaco oder in ein anderes Steuerparadies mit Nulltarif. Sie wollen nicht umziehen? Wie wäre es dann mit einer Briefkastenfirma in Liechtenstein, Panama oder in der Schweiz? Gründung schon ab 1200 DM, jährliche Steuer nur 600 DM. Geeignet für alle Berufe. Im soben erschienenen

werkschaft, in der auch wir Schreiberling sei kurzem beheimatet sind) herausgibt, dass die Ende Juni 74 zusammengebrochene Kölner Privatbank J. D. Herstatt in der Schweiz noch Vermögenswerte von etwa einer Million Schweizer Franken in bar und etwa elf Millionen in Edelmetallen besitzt. Pro memoria: Die grossen Verlierer anlässlich der Herstatt-Pleite waren die Kleinsparer.

Geldreport «Steuroasen»

erfahren Sie erstmals alles über Wohnsitzverlegung, Gründung von Briefkastenfirmen, Namen der Leute, die dabei helfen (und deren Preise), u. a. steuerliche Intiminformationen von über 50 Steuerparadiesen. Im Kaufpreis ist eine Kurzfz-Beratung imbegriffen. Der Autor Dr. Gerhard Kurtz, Verfasser von neun Geld- und Steuer-Bestsellern, Ex-«DM»-Redaktor, Herausgeber von «Geldbrief», garantiert, dass jede Zeile ihr Geld wert ist, Kurtz sagt, was erlaubt und verboten ist, und zigt legale Schulfächer. Bei Unklarheit: Kurtz persönlich anrufen: Tel. 0041/75/236 88...

Um beim Thema zu bleiben: Moral à la Marktwirtschaft verbreitet die Düsseldorfer Maklerfirma Interfinanz jeweils in ihren Jahresberichten. So hiess es da vor zwei Jahren: «Schädigen Sie den Fiskus, wo Sie können», und: «Schaffen Sie sich auf jeden Fall ein Reduit im Ausland.» Auch im kürzlich erschienenen Jahresbericht für das Jahr 1974 fehlt es nicht an nützlichen und gewinnbringenden Ratschlägen an die Adresse der Unternehmer: stärker gesteuertes unternehmerisches Vermögen unbedingt auf das Notwendigste beschränken, und «mindestens am Bilanztag ihr Geld wert ist, Kurtz sagt, was erlaubt und verboten ist, und zigt legale Schulfächer. Bei Unklarheit: Kurtz persönlich anrufen: Tel. 0041/75/236 88...

Die Adresse: Dr. G. Kurtz, c/o Boede, Anstalt für Wirtschaftsforschung, Postfach 63, FL 9491, Fürstentum Liechtenstein.

Dass Herr Dr. G. Kurtz seine Geschäfte mit Steuern und Schulfächern von Liechtenstein aus betreibt, verwundert wohl niemand. Was mich aber verwundert, ist, dass diese Annonce in einem bestbekanntesten Nachrichtenmagazin Deutschlands erschienen ist. Es nennt sich «Der Spiegel» (Nr. 53, 30.12.74, Seite 84). Es verwundert mich auch, dass die Schweiz den Steuroasen zugezählt wird. Sollte es aber bei uns solche Oasen geben, so müssten wir unserem Finanzminister Chevallaz dringend raten, mit seiner leeren Bundeskassen erst einmal diese fabelhaften Oasen aufzusuchen und den unseligen Gedanken, die AHV-Renten zu kürzen, fallenzulassen. Denn die meisten unserer Rentner leben nicht in Oasen.

Nun lese ich aber in der Zeitschrift, die IG Druck und Papier (eine Ge-

Zürichs grösste Auswahl

Tolli Tschilms! jeder Form poschlet me bim Willy Korn

Jeans-Shop beim Poly
Sonneggstrasse 21, 8006 Zürich

Gratisanpassung Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

Wie der Kakaopreis entsteht

Schoggi-Taler für Entwicklungsländer?

Kurz vor Weihnachten hat der schweizerische Preisüberwacher Leon Schlumpf einem Begehren der Schokoladeindustrie entsprochen...

Gegenwärtig herrschen bei verschiedenen Agrarprodukten sehr hohe Weltmarktpreise...

eingesetzt; das Abkommen kam dann schliesslich 1972 zustande...

Tendenzwechsel

Wer die Preise der Londoner Kakaobörse verfolgte, konnte bereits feststellen, dass sie seit Weihnachten ziemlich stark gesunken sind...

Was erhält der Kakaobauer? Im Februar 1974 teilte die Nestlé mit, dass 20% des Schokoladepreises für Kakao aufgewendet werden müssten...

Beim Kakao fiel die Weltermittler 1972/73 etwas geringer aus als in den drei Vorjahren...

Eldorado für Spekulanten

Die Leidtragenden der Preisschwankungen können in drei Gruppen unterteilt werden: Falsch spekulierende...

eingesetzt; das Abkommen kam dann schliesslich 1972 zustande...



POSTER von Mario Grasso ANTI-FASCHISMUS-WOCHENBERN vierfarbig Format 50 x 70 cm erhältlich bei Ulrich Riklin...

Die gegenwärtig recht hohen Preise für Rohkakaos dürfen nicht darüber hinwegtäuschen...

Ein genauere Ausführung aller hier angeschnittenen Probleme mit Lösungsvorschlägen ist in der gut 100 Seiten starken 'Kakao-Dokumentation'...

Das Unternehmen als Schule...

Fortsetzung von Seite 5

verteilt wäre! Zwar erwähnt dann Gawronski als Ausnahme...

Seinen Auftraggebern in der Wirtschaftsförderung gefallenen haben wohl auch die Aussagen...

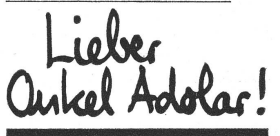
Neben den Banken und der Wirtschaftsförderung besorgen die Schmidheiny-Stiftung...

100 Prozent in der Arbeitszeit statt. Ausbildung wird richtigerweise als Bestandteil der Arbeit betrachtet...

Die Errungenschaft eines unentgeltlichen, unverbindlichen Ausbildungssystems in der öffentlichen Hand...

Die Bank als Schulbank Neben der Tatsache, dass der grösste Teil der Berufsausbildung der Schweizer in den Unternehmen geleistet wird...

Unser Briefkasten für Ahnungslose



In einer Zeit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit sehen wir immer mehr vor brennende Fragen gestellt...

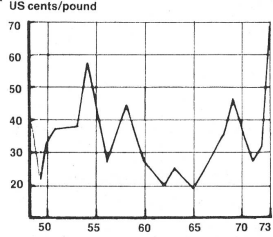
Ihren Vorschlag, wie man die Zahl der Fussgängerunfälle drastisch reduzieren könnte...

Probleme der Produzenten

Die Probleme für die Hauptproduzentenländer - beim Kakao handelt es sich ausnahmslos um Entwicklungsländer: Ghana, Nigeria, Elfenbeinküste, Brasilien, Kamerun...

das konzept Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion Hinweise auf interessante Publikationen...



Spot price Ghana, New York, Jahresdurchschnitt (Spot price = Preis, der an der New-Yorker Warenbörse für Kakao aus Ghana bezahlt wurde)

Indien für schmale Portefeuilles

Der billigste Weg nach Afghanistan, Indien und Nepal führt über Land. Wer mit Bahn oder Bus reist, den kostet der Trip nach Delhi nur etwa 300 Franken...

Reichtumssteuer

Unter der Leitung von Prof. René L. Frey haben Ökonomenstudienten der Uni Basel die Reichtumssteuerinitiative der SPS untersucht...

Markt muss möglichst transparent werden (kurzfristige Massnahme).

Das Welthandelsystem muss langfristig geändert werden, der Teufelskreis der internationalen Arbeitsteilung...

Steuerverharmonisierung und ziehen einen internationalen Steuervergleich. Die SPS-Initiative wird unter dem Gesichtspunkt der Steuerharmonisierung...

Osteuropa

Das Hamburger Sozialistische Osteuropakomitee bringt sechsmal im Jahr ein Informationsbulletin heraus...

Antimilitaristische Standpunkte

Soeben ist eine Broschüre erschienen mit dem Titel 'Antimilitaristische Standpunkte. Aus dem Inhalt: Militärdienstverweigerung in rechtlicher Hinsicht...

Für Beratungen (Dienstverweigerer, Soldaten, Jugendliche) sind wir in unserem Büro an der Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich...

Rekrutenschule oder WK

Von den Dokumenten 'Wie soll der KpKdt mit oppositionellen SdU umgehen?' von Oberst Ernst Bieri...

Warum nicht den ganzen Zug oder die Kompanie damit ausrüsten, als geistige Notation?

Mit einer ähnlichen Frage befassten Sie sich, geschätzte Frau S. P. in S. Es beunruhigt Sie festzustellen...

Frau P. O. in CH bittet mich abzuklären, ob an den Gerichten etwas wahr sei, dass die Unterschriften für Initiative und Referendum demnach nicht erhöht werden...

Ihr Vorwurf, Herr S. A. in D., dass meine Ratschläge und Antworten von Trotzkisten-Argumenten nur so trüben, ist ein Volltreffer...

Bei Nachbestellung von alten Nummern bitte Fr. 1.50 in Briefmarken beilegen.

Blick in die Küche der «Aktion Freiheit und Verantwortung»

Werbung macht frei...

«Bei uns kann sich jeder informieren, wie er will, und sagen, was er will, ... Marktwirtschaft und Presse, beide sind Garanten der Freiheit, ... Als Hüterin dieses Zusammenspiels demokratischer Kräfte waltet die freie Presse...» So und ähnlich heisst es in sechs verschiedenen Inseraten, die seit Anfang März fast in der gesamten Schweizer Presse erschienen sind. Gezeichnet sind diese Inserate mit «Aktion Freiheit und Verantwortung». Klingt schön, besagt aber nicht viel. Wer und welche Absichten stehen hinter diesen Begriffen?

Die «Aktion Freiheit und Verantwortung» versucht in den sechs Inseraten zu begründen, weshalb die Werbung Garant der Presse und der Demokratie sein soll und also nicht begrenzt werden dürfe. Der Ausgangspunkt entspricht den wirtschaftlichen Tatsachen: Die Zeitungen bestreiten den grössten Teil ihrer Kosten aus den Inseraten. Wer inseriert? Die Wirtschaft, das Gewerbe. Das sagt auch die Aktion klar und deutlich, verfällt aber in der Folge wohlweislich in den Glauben an ein Ammenmärchen: «Sie (die Marktwirtschaft) tut dies, ohne die Unabhängigkeit der Zeitungen in Frage zu stellen.» Die Wirtschaft ist also – immer nach «Freiheit und Verantwortung» – für die Presse lebenswichtig, weil die Presse die Werbung braucht, um wirtschaftlich und politisch unabhängig zu sein.

Die Werbung soll also Garant der «freien Presse» sein. Diese wiederum bezeichnet die Aktion als «Hüterin des Zusammenspiels demokratischer Kräfte». Demokratie gibt es dort, «wo es Kioske gibt wie bei uns und eine Vielfalt an Zeitungen».

Dieser so angeführte Presse-Staats-Wirtschafts-Mechanismus mag sich plausibel anhören, aber

- es wird eine Behauptung als Tatsache hingestellt: die Unabhängigkeit von der Werbung;
- es wird unter «Vielfalt» eher «Vielfalt» verstanden: Was hilft uns ein voller Zeitungsstand, wenn sich die Blätter inhaltlich kaum unterscheiden (da alle Zeitungen hauptsächlich von zwei Agenturen beliefert werden)?

Aktion «gelungen» – Patient sterben weiter

Abgesehen davon, dass selbst die Vielzahl (denn das meint ja die Aktion mit Vielfalt) im letzten Jahr deutlich verkleinert wurde, erschienen in der Schweiz noch 399 Zeitungen mindestens einmal wöchentlich, 1974 sind es gerade noch 276 (Stichtag 1. 11.). Wo blieb da die Werbung, die Marktwirtschaft als Garant der Presse? Ob der gerechte Hirt «Werbung» etwa allen seinen geliebten Schafen die gleichen wüsten Kräuterlein genötigt hat?

Der Bogen zurück zum Bürger schliesst «Freiheit und Verantwortung» mit dem liberalen Schreckgespenst des «Dirigismus», des «Staatskolosses»: ohne freie, vielfältige Presse, in der sich jeder (?) aussprechen könne, werde der Mensch zum verwalteten und betretenen Wesen. Aus «Werbebeschränkung» folgt die Aktion automatisch Verlust an Wohlstand. Wessen Wohlstand – das ist hier die Frage.

Wie frei(sinnig) und wofür verantwortlich?

Entstehung und Ziele der Aktion sowie einige Namen von Mitgliedern geben darauf schon klare Antworten.

Die Aktion wurde 1973 vor allem auf Initiative des Schweizerischen Reklameverbandes (SRV, Präsident: Dr. Raymond Broger) gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen unter anderem Dr. Rudolf Farner, Dr. Gustav Däniker (Armeereklameexter), Ständerat Dr. F. Honegger (fdp.), Nationalrat F. Corbat (fdp.), Präsident des Zigarettenfabrikanten-Verbandes, sowie Charles Veillon, Direktor W. Behrens. Bis August 74 hatten sich diesem illustren Interessentenverband Dr. Auer (fdp.) von der Schweizerischen Gesellschaft der Konsumgüterindustrie, Fürsprecher O. Pernet (Vereinigung des Schweizerischen Import- und Grosshandels) und Dr. A. Weber, prominenter Freisinniger aus Aaldorf, angeschlossen. Ausgestiegen aus dem Kreis ist lediglich Nationalrätin Martha Ribl-Raschle, dies nach einer «Antenne»-Sendung des Schweizer Fernsehens über «Freiheit und Verantwortung» im letzten Juni. Somit gehör-

publizieren, wenn sie im unmittelbaren Interesse des Verlags liegen. Die Verlage hatten tatsächlich ein unmittelbares Interesse an den Inseraten der Aktion, denn die Zeitungen werden heute zu mehr als 70% durch Inserateinnahmen finanziert, und diese Einnahmen sind innerhalb des letzten Jahres stark zurückgegangen: Das Werbebüro Farner hatte mit seinen Werbeaufträgen ein zu massives Druckmittel in der Hand, als dass es sich die Zeitungen hätten leisten können, die Kampagne nicht zu unterstützen.

So erschienen schon innerhalb der ersten zwei Monate nach dem Aufruf an

die Verleger Inserate im Wert von ungefähr 200 000 Fr. Ringier beispielsweise stellte Gratisinseratenraum für 60 000 Fr., der «Tages-Anzeiger» gar für 65 000 Fr. zur Verfügung. Auf Betreiben der Redaktion verzichtete der Tag jedoch nach der «Antenne»-Sendung auf eine weitere Publikation der politisch einseitigen Inserate.

Die Rattenfänger spielen weiter

Nach den Worten von Präsident Bernhard hat die Aktion im ersten Jahr «eingeschlagen», «der Kampf wird weitergeführt», um Produzenten wie Konsumenten von dem absoluten Erfordernis uneingeschränkter Information zu überzeugen. Der Konsument soll «seine Entscheidungen selbst zu treffen wissen, ohne durch Verbote und Gebote ständig gegängelt zu müssen». (Dies sagt der Präsident einer Aktion, die von einem der grössten Werbeunternehmen der Schweiz geleitet wird.) Der Kampf soll also weitergeführt werden, und zwar Seite an Seite mit der «Wirtschaftsförderung» und dem «Redressement national» (so etwas wie eine Tochter der Wirtschaftsförderung). Um es im Jargon von «Freiheit und Verantwortung» zu sagen: «Mit der Wirtschaftsförderung und dem Redressement haben wir beste Beziehungen, wir stimmen uns ab und bestimmen die Schwergewichte, wir bemühen uns, einander nicht ins Gehege zu kommen. Die Devise ist: Vereint schlagen, getrennt marschieren» (Bernhard). Neben dem Einfluss auf den Inseratenweg will die Aktion «fortan aber auch an dem redaktionell-publizistischen Sektor für die Verbreitung ihres Gedankenguts wirken». Sie will sich um «permanente Zusammenarbeit mit den Medien» bemühen und Informationsmaterial zum «einschlägigen Themenkreis zur Verfügung stellen». Zudem erachtet sie es als ihre Pflicht (wem gegenüber?). «von Fall zu Fall zu aktuellen Fragen Stellung zu beziehen und ihre Meinung öffentlich darzulegen».

Man sieht also – ein gigantisches Programm. Bleibt die Frage: Wer bezahlt dies alles? Dazu schweigt Farner und verweist nur auf «die paar gleichen grösseren Wirtschaftsbetriebe und Wirtschaftsverbände, die normalerweise als Geldreservoir in Frage kommen». Das war ja zu erwarten.

Seltsam allerdings mutet die Tatsache an, dass der gleiche Farner auch das Volk zur Kasse bittet, gerade so, als sei er auf den letzten Rappen eines jeden einfachen Bürgers angewiesen. Wahrscheinlicher aber ist die Annahme, dass die Spendenaufträge in den Inseraten einem ganz andern Zweck dienen. Solche Appelle sollen wohl nicht so sehr klingende Münzen einbringen, sondern bei den Lesern den Eindruck erwecken, es handle sich bei der «Aktion Freiheit und Verantwortung» um einen unabhängigen Verein, der sich in uneigennütziger Weise für alle guten Werte, wie Freiheit, Mündigkeit, Demokratie usw., einsetzt. Die Leser erfahren in den Inseraten – wen wundert's – nichts über die wahren Zusammenhänge.

Arbeitsgruppe Medienkritik



HANS STEG

«Wir sind ein anständiger Kiosk, wir verkaufen keine politische Literatur!»

Prozesse gegen die Presse in der Schweiz

Anklagen bis zur Knebelung

In der ganzen Welt sind die Zeitungsmacher und Journalisten den ärgsten Verfolgungen ausgesetzt. Dies geht aus einer Ende Dezember 1974 erschienenen Publikation des «International Press Institute» (IPI), mit Sitz in Zürich, hervor. Auf 38 Seiten werden Repressionen aus 62 Ländern aller fünf Kontinente gemeldet. Kennen Sie zum Beispiel Sri Lanka? Auch dieses Land fehlt nicht. Nur die heile, unversehrte Schweiz ist glücklicherweise in dieser Zusammenstellung nirgends zu finden. Die Arbeitsgruppe Medienkritik ist diesem Sachverhalt nachgegangen und kam zu anderen Ergebnissen.

Häusdurchsuchungen, beschlagnahmte Druckmaschinen, Verhaftungen, eingezogene Zeitschriften, Verkaufsverbote – dies sind einige Mittel, die in den letzten Jahren vermehrt zur Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit in der Schweiz eingesetzt wurden. Bei den vielen Druckversuchen gegen Presseorgane oder deren Mitarbeiter kam es im Zeitraum 1972-74 in über 30 Fällen zu Gerichtsverfahren. Wenn wir von persönlich motivierten Ehrverletzungsklagen absehen, bleiben noch 16 Prozesse, die aus politischen Gründen eingeleitet wurden.

«Geheim»-Trick

Bei diesen Verfahren herrschte auf der Klägerbank Eintönigkeit: meist klagte der Staat und/oder die Armee (einmal EMD-Chef Gnagi persönlich), angeklagt waren mit wenigen Ausnahmen Direktoren von wichtige armeerelativen Publikationen (z. B. «offensiv») oder Zeitungen der Soldatenkomitees. Entsprechend sehen die «Delinquenten» vorgeworfene Delikte aus: Verletzung von Militärgeheimnissen, Veröffentlichung von geheimen Dokumenten, Aufforderung zur Verletzung der Dienstpflicht bzw. zu Ungehorsam usw. Um der rechtlichen Handhabung jederzeit sicher zu sein, verfolgt die Armee eine einfache Strategie: Was geschrieben wird, erhält den Aufdruck «Geheim», «Nur für dienstlichen Gebrauch» oder ähnlich. Wer dagegen ver-

stösst, kann sofort gepackt werden. Die Armee entzieht sich damit weitgehend der öffentlichen Kontrolle.

Ziele der angestregten Prozesse konnte es nie sein, Geschehenes ungeschehen zu machen, sondern ähnliche



Menschenleben, so scheint es, zählen bei unsere Rechtsprechung weniger als Sachwerte. Werden Diebstähle auch bei kleineren Werten mit unbedingten Gefängnisstrafen geahndet, so kann man bei fahrlässiger Tötung frei herumlaufen. Voraussetzung dafür allerdings ist eine angemessene Stellung. Die Spitzenfunktionäre des Basler Gas- und Wasserwerks wurden schuldig befunden für den Tod eines 58jährigen Monteurs, der in einem Schacht an Kohlenoxydvergiftung gestorben war. Das Urteil: 4 respektive 3 Monate Gefängnis bedingt und 4000 Franken Busse. Und das, obwohl seit Jahren trotz wiederholten Warnungen keine Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren!

Steht in jedem staatskundlichen Buch der Satz, dass unser Initiativrecht ein Fundament der Demokratie darstelle und deshalb nicht angetastet werden dürfe, so ist dies nach Ansicht liberaler Kreise nicht bei allen Initiativen der Fall. So stellen für die «ZZ» (Nr. 505, 74) die Initiativen für ein Gesetz zur Bekämpfung der Jugendkriminalität und zur Aufhebung der Eigenwirtschaftlichkeit des öffentlichen Verkehrs («Nulltarifs in Zürich») einen «unverantwortlichen und demagogischen Gebrauch» des Initiativrechts dar. Obwohl dieses Recht dazu dient, Volksmeinungen zum Zuge kommen zu lassen, scheint sein Gebrauch nur dann demokratisch, wenn Gesetze gefördert werden, die den Regierungen ins Konzept passen.

Da heisst es, die Schweiz sei ein neutraler Staat und somit seine Politik neutral. Daraus könnte man folgern, dass unser Staat prinzipiell alle Länder als potentielle Freunde und als potentielle Feinde ansieht. Aber weit gefehlt! Jedes Plädoyer für Erhöhung oder mindestens Erhaltung des Militärbudgets ist gestützt auf die militärische Macht und Bedrohung der Sowjetunion. Dass aber auf der anderen Seite des Ozeans eine Macht sich befindet, die ebenso, wenn nicht noch mehr, gigantisch ist, scheint keiner Erwähnung zu bedürfen. Trotz dem Umstand, dass dieser Staat permanent von seiner Macht kriegerisch Gebrauch macht, übrigens nennt man diese Politik Realpolitik. Wohl darum, weil sie die Realität der Neutralitätsillusion ist.

**Nicht einverstreuen!
Dann schreiben Sie's
uns. Redaktionsadresse:
Rämistr. 66, 8001 Zürich.
Übrigens: das Gegenteil
freut uns auch.**

Vorfälle für die Zukunft zu vermöglichen. Um dies zu erreichen, gibt es die einfache Möglichkeit, die entsprechenden Zeitschriften einzuklagen und sie dadurch in finanzielle Schwierigkeiten und im besten Fall zum Verschwinden zu bringen. Unangenehme und ungewollte Nebenerscheinungen solcher Anstrengungen sind zwar jeweils Gratiswerbung für die entsprechenden Publikationen. Allerdings kann diese das Überleben nicht unbedingt garantieren, wie im Fall des «Roten Gallus», der wegen eines Borchert-Zitats vor die Schranken gerzort wurde und heute nicht mehr existiert.

Nur in zwei Fällen richtete sich der militärische Zeigefinger auch gegen Mitarbeiter bürgerlicher Zeitungen, ebenfalls wegen Preisgabe von «Militärgeheimnissen». Während zwei Journalisten für einen Artikel im «Corriere del Popolo» und in der «Südschweiz» von der Anklage freigesprochen wurden, gleichwohl aber je 60 Franken Busse aufgebremst erhielten – ging es drei «Tages-Anzeiger»-Mitarbeitern weniger

Forsetzung Seite 8

Noch lange ohne das konzept
die kritische Alternativzeitung

weiterwurstein?

Nein. Worauf warten Sie denn, bis Sie «das konzept» abonnieren? Je schneller, desto besser.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 15.–, Ausland Fr. 18.–. Wenn Sie jetzt bestellen, läuft Ihr Abonnement ab technischen Gründen bis Dezember 1975 (10 Nummern) und kostet Fr. 14.– (Ausl. Fr. 17.–). Für Schüler und Lehrlinge Fr. 8.– (Kopie des Ausweises belegen).

Talon einenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Name, Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Abonniert «das konzept» bis Dezember 75

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten*/durch Zusendung*/Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*: _____

* Zutreffendes unterstreichen

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten: _____ k 5/11

bresche
Zeitschrift der Revolutionären Arbeiterbewegung

ERSCHEINT SEIT NOVEMBER 1974 (4. Jahrgang)
ZWEIMAL MONATLICH

LEIST UND INTERESSIERTE DIE PRESSE DER RML:
bresche - la bresche - rosso - rojo 1

Probennummern anfordern!

Jahresabonnement (22 Nummern, Juli + August moatl.):
 Fr. 23.–
 Fr. 25.–
 Fr. 40.–
 Fr. 50.–

in unverschlossenen Couvert
 Fr. 23.–
 Fr. 25.–
 Fr. 40.–
 Fr. 50.–

in verschlossenen Couvert
 Fr. 23.–
 Fr. 25.–
 Fr. 40.–
 Fr. 50.–

Name _____
 Adresse _____
 Ort _____
 Datum _____

Einlesen an: RML, Postfach 528, 8001 Zürich
 Postfachkonto 80-4447

echo

In dieser Spalte veröffentlicht «das konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, die möglichst viele Einsender berücksichtigen werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Hofers Löwengrüsse

«Die ferngesteuerten Fernsehüberbeger»
«das konzept» Nr. 12/74, Dez. 1974

Mit Interesse las ich Ihren Artikel im letzten «konzept» über die Hofer-Vereinigung, vor allem möchte ich Ihnen zur Veröffentlichung der Dokumente im ganzen Wortlaut gratulieren. Meines Wissens ist es das erstmalig, dass dies geschieht. Zu Recht. Beiliegend sende ich Ihnen einen weiteren Bittelbrief, den die Hofer-Vereinigung versandte. Er bringt zwar nichts Neues inhaltlich zu, zumindest, zeigt aber, wo Hofer überall den Hebel ansetzt, um zu seiner Gleichschaltung des Fernsehens – und vielleicht später der ganzen Presse – zu kommen. Ich sende Ihnen diesen Brief als Mitglied des Lions-Clubs, da ich mich aufs heftigste dagegen wende, dass derartige Vereinigungen in der Schweiz zum mindesten Ziele gebraucht werden. Aus diesem Grunde muss ich Sie leider bitten, bei einer etwaigen Veröffentlichung von meiner Namensnennung abzusehen.

K. M. in S.

«Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung
Überparteiliche Vereinigung schweizerischer Fernsehzuschauer und Radiohörer
An die Mitglieder der Lions-Clubs
Schweiz und Liechtenstein

Bern, im April 1974

Liebe, verehrte Lions-Freunde,
Sie werden in den vergangenen Wochen wohl schon von der Gründung einer überparteilichen Vereinigung für Fernsehen und Radio gehört oder gelesen haben. Aktionsprogramm und Zielsetzung können Sie aus den beigelegten Papieren ersahen. Wir machen Sie vor allem auf Punkt 1 und 2 des Aktionsprogramms sowie auf den Zweckartikel aufmerksam. Angesichts der Bedeutung der Massenmedien für die Informationspolitik und damit für die Bewusstseinsbildung der Bürger sowie der in naher Zukunft zu lösenden grundlegenden Probleme (Reorganisation der SRG, Verfassungsgesetze und Ausführungsgesetze) hat sich eine Vereinigung bürgerlicher Observanz, die die Interessen der Hörer und Zuschauer vertritt, immer mehr aufgedrängt. Das unbefriedigende Funktionieren gewisser Abteilungen unserer Massenmedien, wie etwa vor allem der Tagesschau und des Fernsehens, welche immer wieder zu schwerwiegenden Beanspruchungen Anlass gibt, macht eine solche Vereinigung zur politischen Notwendigkeit. Allzulange haben die bürgerlichen Kreise hier die Dinge treiben lassen. Es ist höchste Zeit, unseren durch aus legitimen Einfluss geltend zu machen, wenn wir vermeiden wollen, definitiv vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Doch um unseren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen, braucht es die Unterstützung möglichst vieler Bürger. In diesem Sinne geht hiermit der Appell an Sie, unserer Vereinigung beizutreten. Der Mitgliederbeitrag von 3 Fr. bzw. 100 Fr. ist als Mindestbeitrag gedacht. Für höhere Beiträge, besonders für die jetzige Startphase, sind wir natürlich sehr dankbar. Bitte werben Sie für unsere Vereinigung auch in Ihrem Bekanntenkreis. Auf Verlangen stellen wir Ihnen gerne weitere Anmeldeformulare zur Verfügung.

Mit Lionsgrüssen
Prof. Dr. Walther Hofer, Nationalrat

Die Macht der Grossen brechen ...

«Den Sanften gehört die Umwelt»
«das konzept» Nr. 12/74, Dezember 1974

Diesem Artikel von Christian Thomas kann ich weitgehend zustimmen, vermisse aber die Schlüsse und Konsequenzen, die meiner Meinung nach aus den gegebenen Verhältnissen zu ziehen sind. Ich werde deshalb versuchen, dies aus meiner Sicht zu tun:

Wenn man davon ausgeht, dass wir überleben wollen, und zwar auf eine nur halbwegs lebenswerte Weise, dann drängt sich doch bereits auf, dass wir uns von mindestens der Grossschlächtere lösen müssen, weil damit zuerst Macht verbunden ist. Zudem müssen wir für eine neue Gesellschaft verhindern, dass die Macht durch Konzentration und Zentralisation entstehen kann, also zu einem System finden, das volle Selbstbestimmung ermöglicht, einem System, in dem Macht von Menschen über andere Menschen nicht mehr möglich wird. Wir müssen über uns, unser Leben, unsere Kinder selbst bestimmen können. Anscheinend gelingt es diesem irren Kuchen von Politikern nicht, uns vor den Auswüchsen der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schützen.

Im Gegenteil! Da kaum anzunehmen ist, dass die Mächtigen ihre Macht weggeben werden, müssen wir sie brechen. Dass das auf schön pazifistische, demokratische Weise gelingen wird, ist ja wohl kaum mehr anzunehmen, wenn man sich die Geschichte ein wenig anguckt. Vorher greifen unsere Leserdrucker und Ausbeuter zum offenen Faschismus. Davon sind wir anschein-

end nicht mehr gar so weit weg. Man denke nur an die Prozesse und Berufsverbote für «unliebsame» Lehrer, an die Lügerien der Atomkraftwerkprofiteure usw. «Unsere» Demokratie wird also kaum «Demokratie» bleiben, wenn die Mächtigen ihre Interessen und Profite in Gefahr sehen. Sie werden eben versuchen, ihre Atomkraftwerke, Strassen und sonstigen Produkte (natürlich auch solche, die die Umwelt «schützen») auch gegen den Willen des Volkes durchzusetzen, dann eben mit offener Gewalt. Zurzeit scheinen sie's noch nicht so stark nötig zu haben, weil ja die Massenmedien in ihren Händen sind.

Wenn man nun aus alledem die Schlüsse zieht, bleibt anscheinend nichts anderes übrig, als sich auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Und zwar nützt es wohl kaum was, wenn das nur zum Beispiel in der Schweiz geschieht. Wir müssen mit den revolutionären Gruppen aus allen Ländern darauf hinarbeiten, die Macht der Grossen zu brechen respektive die Möglichkeit zu schaffen, eine neue Gesellschaft überhaupt entstehen zu lassen. Schliesslich gehört die Erde allen, nicht nur den Grossen ...

A. Ruckstuhl, Schocherswil

Herausfordernd

«das konzept» Nr. 9/74, Sept. 74

Walter M. Diggelmann hat mich mit seinem Beitrag «Sommerkulturreise» und seiner Antwort auf die Leserbrief zum Mitdenken angeregt.
Möglicherweise täuscht der erste Eindruck durch die Nummer 9 vom 25. Sept. 74: herausfordernde Kommentare, jedoch eher theoretische und intellektuelle Artikel («Der falsche Traum vom Eigenheim» u. a.) «das konzept» zeigt, wo die Probleme liegen: links oder RECHTS?



Toni Bucher, Horw

Narr, der ich war!

«Initiativbogen für Trennung von Kirche und Staat»
«das konzept» Nr. 11/74, November 1974

Ich habe den obenverwandten Unterschriftenbogen bereits vor längerer Zeit unterschrieben; angesichts des Pamphlets, das Sie der letzten «konzept»-Nummer beigelegt haben, bereue ich es aber. Das Organisationskomitee Zürich schlägt offensichtlich blind auf die Kirchen los, aus Ressentiments oder gar Hassgefühlen heraus! So finde ich es auf dem Unterschriftenbogen völlig deplaziert, die Ökumene als «Verschiebungstaktik zur Gegenreformation» (sic) zu diffamieren, mit anderen Worten: auch noch die Kirchen gegeneinander aufzuhetzen. Das ist nun wirklich der Gipfel: Man will den Einfluss der Kirchen in staatlichen Angelegenheiten unterbinden und mischt sich gleichzeitig auf perfide Weise in interkirchliche Belange ein! Auf andere primitive und aufwiegliche Gemeinplätze will ich schon gar nicht eintreten.
Wenn dieser Initiative derart egoistische, hinterlistige, ja niederrächtrige Motive zu Grunde stehen, dann möchte ich lieber nichts mehr mit Ihnen zu tun haben. Ich beabsichtige, mich für eine gerechte Sache zu engagieren, für eine saubere Trennung, was des Kaisers und was Gottes ist, und zwar mit positiven Absichten für Staat und Kirche.
Narr, der ich war! R. Birchmeier, Bern

Kritik begründen

Unterschriftenbogen für die Initiative «Trennung von Kirche und Staat»
«das konzept» Nr. 11/74, November 1974

Im «konzept» Nr. 12/74 halten sich Attila Karlovich und Walter Franz über unsere Argumentation auf, die wir der Initiative auf Trennung von Staat und Kirche zugrunde gelegt haben. Die Kritiker qualifizieren dies als «altliberale Unterschriftenammlung». Dass dies ein junges Leute kritisieren nehmen wir nicht zu keineswegs übel. Unter Juristen auf

jeden Fall gilt die Regel, dass eine Kritik begründet sein muss, eine blosser Behauptung hat keinen Stellenwert. Wir, die Initianten, sind in der Lage, unsere Argumente zu begründen, ja wir haben es bereits getan, nicht aber die beiden Kritiker. Hoffen wir, sie werden es ausführlich tun; wir sind gespannt.

Fritz Duller

Holzwürmer und Hohlköpfe

«konzept», das Blatt, das kein Blatt vor dem Mund nimmt. Und kein Brett vor dem Kopf hat, haben doch Redaktion und deren Mitarbeiter ausreichend Holz im Kopf, sofern Holzwürmer und Maden dieses nicht schon weggefressen haben. Es wäre allerdings nicht allzu-schwer, einigen Leuten nachzuweisen, dass sie Hohlköpfe sind.

Der Redaktion ist es selber nicht wohl bei dem Haufen Mist, den sie zusammengetragen hat (hiesse dieses Journal nicht besser Skatäbuss). Sie bittet unter «Redaktionsleitung» für ein Beitrage, – Baumkinder genügen eben für eine lesbare Zeitung noch nicht.

Mein Rat: Geben Sie dieses Handwerk auf, denn Sie verstehen zuwenig davon.

R. P. Gehring (cand. iur.), Frauenfeld

Hilfe für die Rechtlosen in geschlossenen Anstalten

«Schafft zwei, drei ... viele Görze»
«das konzept» 10/74, Oktober 1974

Es scheint auch mir – schon lange – notwendig, dass das Tabu «psychiatrische Kliniken und ihre repressiven Praktiken» – denen die Insassen besonders der sogenannten geschlossenen Abteilungen unterworfen sind – zur Sprache gebracht wird, damit diese traurigen Zustände einer grösseren Öffentlichkeit zum Bewusstsein kommen und die Stimmen nicht mehr verstummen, die verlangen, diese Abteilungen zu öffnen und einer kritischen Kontrolle zu unterwerfen.

Dass immer wieder Fälle passieren, bei denen Menschen – die keineswegs «verrückt» sind – gewaltsam und gegen ihren Willen «abgeholt» und in psychiatrische Kliniken eingeliefert werden, ist nicht unbekannt. Der Anschlag auf die Freiheit eines Menschen beginnt jedoch schon dort, wo es einzelnen oder mehreren (verantwortlichen) Menschen, – Vormündern, Waisenerntern, Ärzten u. dgl.) gestattet oder ermöglicht wird, über andere Menschen zu befinden und sie der Unfreiheit zu übergeben. Diese administrativen Versorgungs- oder wie man sie auch immer nennt und tarnt, stehen ja auch im Gegensatz zu den Menschenrechten.

Prof. Basaglia (der seit Jahren eine offene Anstalt führt und damit bewiesen hat, dass es auch so – und besser – geht) und Prof. Szasz haben nicht unrecht, wenn sie geschlossene psychiatrische Anstalten und Kliniken, wie sie heute (im 20. Jahrhundert!) noch viele erleben müssen, nämlich als totalitäre Zwangsanstalten für Unbequeme, ablehnen und als verwerflich definieren.

Wenn Prof. Szasz u. a. schreibt: «Es lässt sich niemals rechtfertigen, dass Unliebsame, die durch ihr Verhalten andere stören, ungewollt in psychiatrische Behandlung gestellt und durch sehr willkürliche Einkerkierung für ihr ganzes Leben diffamiert, geschädigt, entrechtet werden können», hat er vollständig recht. Er stellt dann die sehr notwendige Frage: «Wie rechtfertigt sich diese Macht? Wer kontrolliert sie? Wer untersucht laufend den Geisteszustand der Psychiater, ihre Motivationen, ihre Interessen, die oft nicht mit medizinischer Hilfe und Pflicht identisch sind?»

Diese Fragen müssten alle, die angeben, sich um die Menschenfreiheit und Menschenwürde zu kümmern, laut und deutlich an die für diese Zustände Verantwortlichen richten, auch eine Gesellschaft, die Macht und Profit über die Bedürfnisse und das Wohl der Menschen stellt. Wir sollten uns auf die Seite der Schwachen stellen und uns auch für die in den geschlossenen Anstalten Wehr- und Rechtlosen einsetzen. Dabei brauchen wir uns nicht auf die Suche nach solchen Unglücklichen ins Ausland zu begeben, um Menschen zu finden, die gewaltsam in psychiatrische Kliniken eingeliefert wurden oder werden: Ich glaube, wir könnten sie zur Genüge bei uns finden (es sind ja immer nur einzelne Fälle, die aus Tageslicht gelangen, aber ihre Zahl genügt). Und wie viele Patienten wohl schon durch die chemische Zwangsbehandlung in die üblichen Seele Schaden genommen haben, wird man wohl nie erfahren.

D. Pichler, St. Gallen

Helfen statt töten?

Unter diesem Titel ist von den Gegnern des straflosen Schwangerschaftsabbruchs eine Grossaktion gestartet worden mit Inseraten in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen. Eines der Inserate kostete allein rund 20 000 Franken. Mit dieser Summe hätte einige Frauen und Kinder geholfen werden können. Aber eben, es ist einfacher, grosse, leere Worte zu machen, als wirklich zu helfen!

Die «Aktion helfen statt töten» hat es offensichtlich nicht auf Helfen, sondern auf das Erwecken von Emotionen abgesehen. Sie verwendet zu diesem Zweck suggestive Bilder und ist dabei im üblichen Lügen- und Unwahrheiten auf: Der Embryo sei schon sehr schmerzempfind-

Presseprozesse ...

Fortsetzung von Seite 7

sie wurden zu Gefängnisstrafen von 10 bis 21 Tagen bedingt verurteilt.

Mit zwei Ellen messen

Nicht so zimperlich sind die Richter mit ihren Urteilen gegen oppositionelle bzw. linke Publizisten. Die kleinste ausgesprochene Strafe belief sich auf zwei Wochen, dann kommen Strafen von einem Monat und bis zu vierzig Tagen. Daneben aber – und dies ist entscheidend – müssen Gerichtskosten mitgetragen werden. Auch satrige Bussen werden verhängt; so kam jene Karrikatur im «offensiv», gegen die Gnägi klagte, teuer zu stehen; zwar zog Gnägi die Klage zurück, doch musste «offensiv» die gesamten (!) Gerichtskosten tragen und eine «Parteientschädigung» von 1000 Franken entrichten (insgesamt waren 2860 Franken zu berappen). Die bürgerliche Presse war darob beruhigt und titelte: «Gnägi muss Umtriebe nicht zahlen» ...

Dass es den Anklägern höchstens in zweiter Linie daran gehen kann, den jeweiligen Inhalt beanstandeter Artikel verurteilt zu sehen, belegt wohl am besten die Affäre um den «Roten Gallus» in St. Gallen. Obwohl dieses Blatt nur eine Auflage von etwa 500 Exemplaren hatte, zog die Bundesanwaltschaft den Prozess bis vor die 3. Instanz (Bundesgericht) weiter, nur um recht zu behalten und den «Roten Gallus» exemplarisch zu diffamieren. Der Inhalt des beanstandeten Artikels wurde nämlich durch dieses lächerliche Verhalten nur um so bekannter, da auch der bürgerlichen Presse diese Beschnidung der Pressefreiheit zu weit ging; das aufwieglichere» Zitat von Borchert fand sich in fast jeder Zeitung.

Der neueste Prozess eines Riesen gegen zwei Zwerge läuft übrigens auch schon: Wegen Veröffentlichung einer Studie der «Arbeitsgruppe Dritte Welt» mit dem Titel «Tötet Nestlé Babies?» im politischen Monatsmagazin «eFocus» und in der studentischen Monatszeitschrift «das konzept» sind nun diese beiden Zeitschriften eingeklagt worden.

Arbeitsgruppe Medienkritik

Presse-Prozesse in der Schweiz in den letzten zwei Jahren

Angeklagter	Kläger	Grund	Prozess-Datum	Urteil
Frey/Moser/Klein (TA)	Staat/Armee	Fahrflüssige Verletzung von Militärgeheimnissen	Feb. 73	10-21 Tage bed.
5 Zeitungsverträge von «Le Pied»	Genfer Generalstaatsanwalt	Unzucht in der Zeitung	März 73	
Eric J. («L'œuf»)	Staat	obszöne Publikation	Mai 73	2 Monate bed., 500 Fr. Buss
Kaufm. Angest.	Staat/Armee	Hausfriedensbruch durch Flugblattverteilung in Käserenhof	Mai 73	Freispruch
5 Redaktoren von «offensiv»	Staat/Armee	Aufforderung zur Verletzung der militärischen Dienstpflicht	Mai 73	1 Angeklagter: 28 Tage bed., 4 übrige Angekl.: Freispruch
«Brüche»-Redaktor	Uni Lausanne	Redeverbot an Uni missachtet	Mai 73	10 Tage bed. und 300 Fr. Buss
«offensiv»	BR Gnägi	Verunglimpfung (durch Karrikatur)	Juni 73	Klage zurückgezogen
Schwarzenbach J.	Bélier	üble Nachrede	Juni 73	500 Fr. und Publikation des Urteils
Oblt./«offensiv»	Staat/Armee	Veröffentl. eines Schriftstückes nur für dienstl. Gebrauch	Juni 73	2 Wochen bed.
«Oktober»-Verkäufer	Polizei	Nichtbezahlung von Bussen wegen Strassenverkehrs	Feb. 74	
Niklaus Scherr (NZ)	Willi W.	üble Nachrede («aktiver Frontler»)»	März 74	300 Fr.
«offensiv»/Fischli	Staat/Armee	Aufforderung zur Verletzung von Militärgeheimnissen	April 74	40 Tage bed.
Brüche-Verkäufer	Uni Zürich (Rehberg)	Zeitungsverkauf auf öffentlichem Boden	April 74	Freispruch in zweiter Instanz
2 Journalisten d. «Corriere del Popolo» bzw. der «Südschweiz»	Staat/Militär	Verletzung von Militärgeheimnissen	Sept. 74	Freispruch von Anklage, dafür Entschädigung für andere Delikte je 50 Fr.
Zürich Inf. RS 206, Rückt.	Armee	«Standblatts des SK Zürich im Zimmer aufgehängt	Okt. 74	Ausschluss aus der RS, Prozess Div.-Gericht folgt
«Linksum»-Red. Spillmann (SK)	Bundesstaatsanwaltschaft	Aufforderung zu Ungehorsam und Dienstverletzung	Nov. 74	Untersuchung eingeleitet

lich, die meisten Frauen würden nach einem Schwangerschaftsabbruch von Wissensnot geplagt usw. – alles wissenschaftlich längst wiederlegte Behauptungen.

An den Tatsachen geht die «Aktion» gegenseitlich vorbei: durch die Strafdrohung, dass verzweifelte Frauen eingesperrt werden, wird keimendes Leben nicht geschützt. Vielmehr werden jedes Jahr Tausende von Frauen in die Illegalität oder gar in die Hände von Pflüschern getrieben, wo sie ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren. Die Strafaragraphen sind schuld an schreiender Ungerechtigkeit, an der Ausweitung und Demütigung der betroffenen Frauen. Unzählige Frauen, Kinder und Familien werden in Not, Elend, Verzweiflung gestürzt, ihr Leben wird verächtet.

Die Schweizerische Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch (SVSS) tritt für freie und verantwortliche Eltern- und Mutterschaft ein. Sie fordert die Einführung der Sexualerziehung an den Schulen und die Schaffung von Familienplanungstellen. Der Abbruch einer unerwünschten Schwangerschaft soll aber jeder Frau, unabhängig vom Portemonnaie, als letzter Ausweg und Notlösung offenstehen, wenn die Verhütung aus irgendeinem Grund versagt hat. Die SVSS bekämpft die Ungleichheiten, die krassen Ungerechtigkeiten und Missbräuche im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch und tritt für eine fortschrittliche und tolerante Regelung ein. Abtunungsfrage ein für den straflosen Schwangerschaftsabbruch oder die Fristenlösung. Die Erfahrungen anderer Länder, zum Beispiel der USA, beweisen, dass mit dieser Lösung die Abtreibung am besten bekämpft werden kann.

Die SVSS verfügt nicht über grosse Summen für eine Riesenpropaganda. Um ihre Informationsarbeit fortzusetzen zu können, ist sie deshalb auf die Unterstützung aller angewiesen, die mit ihr der Auffassung sind, dass durch Strafe weder Frauen noch Kindern geholfen werden kann (Schweiz. Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch PC 30-8770)
Frau A. Rey, Zollikofen
Vizepräsidentin SVSS

Helft den bettelarmen Arabern

Nachdem die Aktion «Pro Israel» einen erfreulichen Widerhall in Basel und der weitherum gefunden hat und festgestellt

werden darf, dass nicht nur das von den Juden beherrschte New York spendet, sollte der Versuch unternommen werden, auch eine Aktion zugunsten der bettelarmen Arabern in die Wege zu leiten. Nicht nur die reichen Olschleicher, sondern auch neutral gesinnte Helfer unserer Brengrades müssten aufgerufen werden, zur Linderung der in schrecklichen Verhältnissen lebenden Menschen etwas Menschenwürdiges zu unternehmen. Wäre das nicht doch auch ein demokratisch neutrales Gedanken-

C. B., Montagnola

Wider das Jargon-gelächler

«das konzept» gefällt mir gut. Ein Lob! Was mich stört, ist der oft vollkommen unnötig verwendete Linksjargon, der in einzelnen Artikeln verwendet wird (arg war es zum Beispiel im Bericht einer Winterthurer Arbeitsgruppe über die Freizeitgestaltung bei Jugendlichen). An und für sich habe ich dagegen gar nichts einzuwenden, nur was ich eh schon weiss, brauche ich nicht ständig wieder vorgekauft zu bekommen. Was durch den Kontext klar ersichtlich ist, muss nicht mit zusätzlichen reinen Jargonvokabeln verbrämt werden, das wirkt lediglich penetrant und ermüdend und bringt nichts Neues.

Dies ist auch, wenn nicht vor allem eine Frage der Effizienz: ob man will oder nicht, die Schweizer Leserschaft – und an die richtet sich ja «das konzept» – ist eben «schweizerisch», das heisst mit einer Menge von Vorurteilen beladen, die ihr in der Jugend usw. eingeimpft worden sind. Was ich bei vielen nicht regemässigen «esorn des «konzept» hörte und feststellte, ist von daher eine unbewusste Abwehr gegen vieles, was sogenannte links ist beziehungsweise so klingt. Genau derselbe Inhalt könnte also eine weit grössere Wirkung erzielen, wenn man bloss aromatisch bedingte Vokabeln weglässt, ohne dass die Aussage darunter zu leiden hat.

Dies als kleine Bemerkung am Rande, obgleich mir dieses Problem als sehr wesentlich erscheint. Der Zweck heiligt die Mittel bis zu einem gewissen Grad eben doch. Blosses Jargon-gelächler hat so irgendwo den Charme des Allwebersommers, mehr nicht, wenn ein grösserer Kreis von Leuten angesprochen werden soll. Wozu also?

H. Spirig, Villars-Glâne

Exemplarische Strafen im Soziologie-Prozess

In Bern weht eine steife Brise

Die Fakten sind bekannt: Die Universität Bern beruft den rechtslastigen Prof. Rüegg auf die Lehrstuhl für Soziologie aus, löst damit einen heftigen Protest seitens der Studenten aus, was schliesslich im Mai 1974 zur Besetzung des Soziologischen Instituts führt. Rüegg und die Erziehungsdirektion rufen die Polizei, obwohl weder Sachbeschädigung vorliegt noch Gewalt angewendet wurde. 63 Namen werden polizeilich notiert, 4 davon als Haupttätschuldiger vor Gericht gestellt und zu unverhältnismässig hohen Strafen verurteilt.

- In Basel wird die Zwangsmittelschuld aufgehoben.
• In Basel erhält die Regierung die Möglichkeit, den NC nach Belieben einzuführen.
• In Bern stösst der Vorschlag für ein neues Uni-Gesetz auf heftige Opposition aller fortschrittlichen Kreise, weil - auch hier der NC vorgesehen ist.
- die Zwangsmittelschuld aufgehoben werden soll.

Dazu gesellen sich die wachsenden Bestrebungen, das Studium und damit den Studenten zu «entpolitisieren». So ist die Forderung bürgerlicher Kreise zu verstehen, die Studenten-

schaften hätten sich mit Vergünstigungen und mit nichts anderem zu beschäftigen. Was in Bern geschehen ist, liegt durchaus auf der Linie der Schwächung der Studentenschaft und hat nationale Auswirkungen. Indem man einzelne «Rädelsführer» herausgreift, sie als «schauerliche» Extremisten hinstellt und dann hart bestraft, verfolgt man zwei Ziele:

- Dem «gemässigten» Studenten soll gezeigt werden, wohin «extreme» Politik führt. Selbstverständlich behält man es sich vor, «extreme Politik» zu definieren. Man hofft die «schweigende Mehrheit» damit zu ködern, dass man ihr «vernünftigeres» Verhalten empfiehlt, weil so Differenzen mit dem Gesprächspartner Staat ohne weiteres bezuglen seien. (Wobei natürlich verschwiegen wird, dass am kürzeren Ende des Stricks sicher nie der Staat ist.)
• Durch die harten Urteile hofft man, linke Gruppen durch die Aktionen einiger Chaoten zu desavouieren und zu isolieren. Das ist nichts anderes als staatliche Konfliktstrategie. Hat man diese Ziele durchschaut, so muss die Politik der Studentenschaft gegen die Zersplitterung und für die breite Aktion zur Rettung der studentischen Interessen ausgerichteter sein. Wie blind Lustitia ist, wenn sie gegen «Feinde der demokratischen Ordnung» auftritt, soll der folgende Artikel zeigen. Damit man im Wiederholungsfalle nicht den Unwissenden markieren kann, empfiehlt sich die Lektüre dieser Anatomie eines Gerichtsverfahrens. Was in Bern geschehen ist, kann sich jederzeit anders wiederholen. / P.S.S.-Vorstand/Pü

Hirschy-Affäre gewesen. Von den 26 Besetzern, die er gezählt habe, seien ihm nur 16 oder 17 als Besucher von Soziologen-Vorlesungen bekannt gewesen. A. L. habe das Kommando in Rüeggs Büro gehabt, G. A. kommandierte bei der Ankunft der Gegenbesitzer, und P. L. stellte die Verbindung zur Presse her. Ein weiterer Zeuge, als «Bund»-Korrespondent an der Besetzung anwesend, machte nur eine ganz kurze Aussage, in der er aber betonte, dass er keine Rädelsführer hätte ausmachen können und dass die ganze Besetzung ihm einen ruhigen Eindruck gemacht habe. Er war als Zeuge der Verteidigung geladen gewesen. Assistent Afshar äusserte sich in gleichem Sinne. Er kannte einige der Angeklagten, und es seien ihm keine führenden Köpfe aufgefallen. Die Sekretärinnen machten geltend, dass sie ihrer Arbeit behindert worden seien. Die Be-

Widersprüchliche Aussagen der Zeugen

Als erster Zeuge hätte Soziologie-Assistent Willi Schweizer aussagen sollen. Es hiess allerdings, er sei augenblicklich verhindert, da er im Institut zusammengeschlagen worden sei. So wurde als erste die Assistentin Meyer vorgeladen. Sie wäre am Morgen der Besetzung gar nicht im Institut erschienen, entschloss sich dann aber auf einen Telefonanruf hin, gleichwohl zu gehen, um zu helfen, das Institut zu verteidigen. Ihr Büro sei von zwei Studenten besetzt gewesen, allerdings befände sich keiner davon unter den Angeklagten. Sie sei am Telefonieren geindert worden, wobei ihr D. P. die Hand weggeschlagen habe. D. P. habe auch die Sekretärin gehindert, die eingetroffene Post im Pult zu versorgen. In einer Auseinandersetzung wegen eines abgerissenen Plakates habe ihr G. A. den Arm umschlungen. Sie wäre nicht einschliessend gar bei ihr entschuldigt. A. L. und G. A. hätten gesprochen, einen Polizeieinsatz zu provozieren und sich, als sie Zuhörer vermuteten, auf das WC zurückgezogen. In den Verhandlungen mit Dekan Caroni hätten sich G. A. und P. L. als Wortführer hervorgetan.

Dekan Caroni mass der Besetzung nicht die gleiche Bedeutung wie Rektorat und Erziehungsdirektion bei. Die

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

Lage habe ihm, als er im Institut erschienen sei, ruhig und entspannt erschienen. Sie sei von Rektorat und Erziehungsdirektion dramatisiert worden. Er habe von studentischen Wortführern nichts gemerkt, vielmehr hätten sich verschiedene Studenten spontan geäussert. Institutsleiter Rüegg war überrascht, dass die Besetzung schon am Morgen stattgefunden habe. Auf den Nachmittag habe er etwas ähnliches erwartet, da ihre Flugblätter zur Begründung der Soziologie aufgerufen worden sei. D. P. sei ihm als «markante Persönlichkeiten» im Sekretariat aufgefallen. Namentlich habe er ihn nicht gekannt, wie auch die anderen Angeklagten nicht. Sie seien ihm durch ihre Aktivitäten aufgefallen, im nachhinein habe er dann erfahren, um was es sich gehandelt habe. Rüegg wollte einen Polizeieinsatz nur mit Einwilligung des Hausbesitzers verlangen. Da dieser aber eine Zeitlang abwesend war, habe er sich auf Diskussionen mit den Studenten eingelassen. Als die Gegenbesitzer, die aus einer Blücher-Vorlesung von Assistent Schweizer geholt wurden, eingetroffen seien, hätten die Besetzer die Arbeitszimmer freigegeben. Noch aber sei das Sekretariat besetzt gehalten worden. Gegen ihn sei keine Gewalt angewendet worden, jedoch sei er ausserstande gewesen zu arbeiten.

Assistent Schweizer sagte aus, dass ihm D. P. bereits früher an der Soziologenschaftsversammlung, G. A. und A. L. als Wortführer bei anderen extremen Agitationen aufgefallen seien. A. L. sei auch Bresche-Sprecher bei der

Anklagepunkte: Agitation ...

In der Einvernahme der vier Kommissionen versuchte der Gerichtspräsident, die Schuld in den einzelnen Anklagepunkten festzustellen. P. L. wurde vorgeworfen, einen offenen Brief gegen Professor Rüegg verfasst zu haben, der im WOKA der Studentenschaft erschienen sei und indirekt zur Besetzung des Instituts aufgerufen habe. P. L. erklärte, die agitatorische Interpretation des Briefes sei falsch. Vielmehr sei es dem Verfasser, auch zu dem Zeitpunkt seiner Funktörin im VSS, darum gegangen, einen wachsenden Missstand am Soziologischen Institut journalistisch zu schildern. P. L. wurde weiter vorgeworfen, das Pressecommuniqué anlässlich der Besetzung verfasst und in die Presse weitergegeben zu haben. Der Anklagepunkt: Verfasser des Flugblattes mit der Todesanzeige für die bernische Soziologie zu sein, wies P. L. zurück. Er habe am Tag der Besetzung die Aufgabe gehabt, über die Besetzung zu informieren, weshalb er - ein weiterer Vorhalt - auch das Institutstelephon benutzt habe.

... Störung von Amtshandlungen ...

D. P.s Aufgabe während der Besetzung war es, sich im Sekretariat aufzuhalten. Er habe sich für diesen Posten aussuchen geführt, weil er die Sekretärin gekannt habe. Daraus erwuchsen ihm die Anklagen, die Telefonbedienung verhindert, auf dem Bürostuhl gesessen, das Telefon fallen gelassen und der Assistentin Meyer auf die Hand geschlagen zu haben. D. P. bestritt eine Schuld, indem er auf die Menge Leute hinwies, die sich an jenem Morgen im Sekretariat befunden hätten, weshalb es durchaus Verwechslungen habe geben können. Jedenfalls habe er sich keinen der obgenannten Vorwürfe zuschulden kommen lassen. Der Gerichtspräsident eröffnete D. P., durch seine Tätigkeit Amtshandlungen gestört zu haben. Ob es ihm, fragte er, bewusst gewesen sei, in der Sekretärin eine Beamtin an der Ausübung ihrer Pflicht gehindert zu haben.

Gegen G. A. wurde, um die Anklage auf «massgebliche» Beteiligung zu stützen, vorgebracht, dass er sich mit dem dritten Angeklagten im WC besprochen habe, wobei sie während der Besprechung durch häufiges Spülen ihrem Wunsch nach Geheimhaltung der Unterredung Nachdruck verliehen hätten. Zudem soll G. A. den Assistenten Schweizer behindert, der Assistentin Meyer, als sie ein Plakat von der Wand entfernt hatte, den Arm umgedreht, als «Sprecher» der Besetzer dem Dekan Caroni den Beschluss, den Einsatz der Polizei abzuwarten, mitgeteilt und allgemein immer wieder Leute «kommandiert» haben. Auch G. A. wies die Anschuldigungen zurück, zum Teil versehen sie pure Erfindungen, zum Teil Verdrängen der Tatsachen.

... und Arbeitsverhinderung

A. L. wurde erst in den Prozess einbezogen, als der Zeuge Willi Schweizer ihn während der Einvernahme als Sprecher der Bresche-Unigruppe in der Hirschy-Affäre bezeichnete. Er habe sich zudem an Fachschaftsversammlungen der Soziologen durch extreme Voten

setzer seien aber immer höflich geblieben. Gewalttätigkeiten hätten sie nicht festgestellt. Sie hätten zwar in ein anderes Büro arbeiten gehen können, dies sei ihnen aber erst später in den Sinn gekommen.

Verteidigung: Tatbestand der Nötigung nicht erfüllt

Der Verteidiger umriss im Plädoyer der Verteidigung den Tatbestand der Nötigung; zu dessen Erfüllung gehöre die Anwendung von Gewalt, ein rechtswidriger Zweck und ein Vorsatz. Im weiteren ging er auf die speziellen Vorwürfe gegen die einzelnen Angeklagten ein. Zum Anklagepunkt der «massgebenden Beteiligung einer Aktion mit dem Ziel der Verhinderung der Arbeit des Soziologischen Instituts», der allen Angeklagten zur Last gelegt wurde, führte er aus, dass die Verhinderung der Institutarbeit nicht das Ziel der Aktion gewesen sei, sondern allenfalls das Ergebnis. Was die massgebende Beteiligung der vier Angeklagten im Sinne einer Anführung der Aktion betrifft, sprechen die Zeugenaussagen des Dekans der RWW-Fakultät, eines Soziologie-Assistenten und eines «Bund»-Journalisten dagegen.

Zur «Behinderung der persönlichen Freiheit» meinte der Verteidiger, die blosses Anwesenheit einer Person könne nicht als Gewaltanwendung gegen andere Personen interpretiert werden. Die Arbeitsbehinderung habe jedoch tatsächlich nicht in Gewaltanwendung bestanden, sondern in der Präsenz von mehreren Personen in einem Zimmer, das normalerweise nur eine Sekretärin herbeigehe. Kleinere physische Behinderungen wie Verhinderung von Telefongesprächen und Streiterei um ein heruntergerissenes Plakat liessen sich nicht rekonstruieren, oder dann würde die gesamte mechanische Physik über den Haufen geworfen. Dazu sei noch zu bemerken, dass die Zeugen Rüegg, Schweizer und Meyer, die zu den direkt Betroffenen gehörten, sich sicher abgesprochen hätten und ihre Zeugenaussagen auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden müssten. Der Verteidiger beantragte aufgrund dieser Ausführungen Freispruch für alle vier Angeklagten.

Ein Ansatz zu Hochverrat ...

Gerichtspräsident Moser bezeichnete in der Begründung des Urteils den Prozess als nicht so wichtig, obwohl er Prozess Aufsehen erregte. Die massgebende Beteiligung der vier Angeklagten an der Besetzung erachte er nach den Zeugenaussagen von Rüegg, Schweizer und Meyer als erwiesen (dagegen sprachen aber die Zeugen Caroni, Afshar und Scheidegger). Gerichtspräsident Moser: «Etwas müsse wohl wahr sein, auch wenn widersprüchlich Aussagen zu den verschiedenen Anklagepunkten gemacht wurden.» Auch in der WC-Geschichte stand schliesslich Behauptung gegen Behauptung. Dazu führte Moser aus, wenn Fräulein Meyer auf ihrem Standpunkt bleibe, sei die Lüge natürlich auf der Seite der Angeklagten. Die Kleinigkeiten, wie Verhinderung von Telefongesprächen, seien jedoch gar nicht so wichtig. Wichtig sei vor allem der Tatbestand der Besetzung überhaupt. Der Zweck der Besetzung, die Abberufung von Rüegg, Blücher und Assistenten, sei wiederrechtlich, es liege nicht in der Kompetenz von Studenten, ihre Dozenten abzusetzen. Der Tatbestand der Nötigung sei erfüllt. Verschärfend komme hinzu, dass die Motive politisch seien und die Gedankenvorgänge rational, es handle sich hier um einen Ansatz zu Hochverrat, Umsturz und Anarchie, was letztlich mit Schüssen auf den Richter enden könne. Eine weitere Begründung der Führung des Urteils auf den Angeklagten neben dem Urteil einer Persönlichkeitsanalyse und eine Prophezeiung für seine Zukunft mit auf den Weg.

Die Urteile: 30 Tage Gefängnis unbedingt und drei Jahre Landesverweis für P. L., 20 Tage Gefängnis bedingt für G. A. und A. L. und 14 Tage Gefängnis bedingt für D. P. Die Probezeit der bedingten Urteile beträgt drei Jahre, die Angeklagten haften solidarisches für die Gerichtskosten (1000 Franken).

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sog. «Kulturwelt» besprochen werden. Wohlbedenkt: Wir wollen Kultur in einem erweiterten Zusammenhang sehen, also nicht nur so, wie sie die Elite empfindet, sondern so, wie sie fürs Volk von Bedeutung ist.

Für eine neue Kultur: 12 Thesen zum Anstossnehmen

Blaue Bohnen für James Bond

- 1. Entsprechend der Teilung unserer Gesellschaft in Klassen manifestiert sich auch die Kultur durch Erscheinungsformen, die jeweils für eine Klasse spezifisch sind. Ihre Aufgabe ist jedoch immer, die Ideologie der herrschenden Klasse zu verbreiten.
2. Die Kultur oder «Kunst» der Bourgeoisie definiert sich als ästhetischer Genuss und nimmt einen speziellen, ihr einberaumten Platz ein, der feststehend vom «Alltag» und von der Wirtschaft und der Politik getrennt ist. Sie hat das allgemein Menschliche zum Thema. Bezugnahme auf konkrete Situationen wird als Blasphemie empfunden.
3. Der Künstler als Kulturproduzent steht ebenfalls im Schatten der Nicht-allgütigkeit, und damit wird alles, was er sagt, gesellschaftlich unverbindlich.
Daneben gibt es noch Kultur als festgefahrene Verhaltensweisen bei Tisch und in Gesprächen, die das Gefühl der Elite zugehörig zu sein, vermitteln.

Sie sollen dem von der Arbeit abge-spannten Menschen Entspannung bieten, ihn auf andere Gedanken bringen, den Alltag vergessen lassen und ihm Identifikationsmöglichkeiten mit Helden einer unwirklichen Geistes- und Traumwelt bieten. Es wird dadurch eine höhere Frustrationstoleranz bei der ent-fremdeten Arbeit erreicht, indem nicht die Arbeit der eigentliche Lebensinhalt bleibt, sondern eine extreme Trennung vollzogen wird: hier Arbeit als notwendiges Übel, zum Zweck des Geldverdienens und Erholung. Kultur dient so heute dazu, den Menschen besser funktionieren zu machen, unkritisch bei der Arbeit konsumierend. In der Freizeit besteht eine klare Trennung zwischen wenigen aktiven Kulturproduzenten und der Masse der passiven Konsumenten, die Kultur für Geld kaufen.

Die Autorin gehört zu einer Gruppe, die in Basel eine Werkstatt Literatur der Arbeitswelt gründen will. (Die Redaktion kann ihnen die Adresse vermitteln.) «das konzept» hat im Juni einen ähnlichen Werkstattkreis in Zürich vorgestellt («Aus der Werkstatt geschrieben», Nr. 6/74, Juni 74). Die Nummer ist gegen 1.50 Fr. erhältlich bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Der Kulturproduzent gilt als aussergewöhnlicher Mensch - Künstler, Star, Genie - und steht als solcher vollständig ausserhalb der Gesellschaft. Der Konsument nimmt auf, greift aber selber nicht aktiv in den Schaffungsprozess ein. Kultur bedeutet also heute Aktivität einzelner Individuen, Passivität der Masse. Kultur ist schliesslich Ideologisierung. Mit dem Mittel der passiven Identifizierung sollen Inhalte, die der Aufrechterhaltung des Klassensystems dienen - so zum Beispiel der Rassismus, der Gedanke der Unanfektbarkeit von Macht und Hierarchie - tief ins Unbewusste eingeben. Von James Bond über Comic strips bis zurück zur deutschen Klassik ist der Held aus anderem Holz geschnitten als das gemeine Volk; Helden sind vorzugsweise Menschen, die sich kraft ihrer Wesen oder ihrer Abkunft als «Herren» auszeichnen und andere

herumkommandieren und unterdrücken.

- 8. Wir brauchen eine Kultur, die unser Leben, unsere Arbeit, unsere Gesellschaft zum Thema hat und nicht eine abstrakte Traumwelt. Eine Kultur, die Machtstrukturen und die Herrschaft des Geldes zu verschleiern und zu verherrlichen, die Anregungen gibt zur Veränderung der Gesellschaft, anstatt bestehende Zustände zu bekräftigen.
9. Kultur soll nicht das Werk einzelner, sondern schöpferischer Ausdruck einer Gemeinschaft sein - wie das noch vorkommt in sogenannten primitiven Gesellschaften, wo Kultur nur in gemeinsamer Aktivität - Tanz, Geschlechtertänzen, Zeremonien - einen Sinn hat.
10. Die extreme Trennung von Arbeit und Freizeit muss aufgehoben werden, indem die Arbeit ihren ursprünglichen, nichtentfremdeten Sinn zurückgewinnt, nämlich den schöpferischen Ausdruck des Menschen zu sein, der seine Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaft stellt. In diesem Moment ist Arbeit als solche Kultur, es gibt keinen qualitativen Unterschied zwischen der Herstellung eines Gebrauchsgegenstands und der Inszenierung eines Theaterstücks. Da die Abschaffung entfremdeter Tätigkeiten in einer Industriegesellschaft kaum möglich ist, muss eine weitgehende Aufhebung der Arbeitsteilung stattfinden, was konkret bedeutet, dass zum Beispiel Intellektuelle zeitweise Fabrikarbeit leisten und Männer Hausarbeit.
11. Eine solche neue Kultur kann nur in einem sozialistischen System ganz verwirklicht werden. Andererseits ist die kulturelle Befreiung, die eng mit der politischen Bewusstseinschaffung zusammenhängt, eine unbedingte Voraussetzung zu einer gesellschaftlichen Veränderung.
12. Wie kann heute auf diese neue Kultur hingearbeitet werden? Arbeiter und Angestellte müssen vorerst anfangen, während der Freizeit zu schreiben anstatt fernzusehen, Strassen-theater zu spielen, Musik zu machen. Sie müssen miteinander ihr Leben - das heisst heute im wesentlichen ihre entfremdeten Arbeit - darstellen, ihre menschlichen und materiellen Probleme formulieren und sie als gesellschaftliche und politische Probleme bewusst machen. Natürlich verbindet sich diese kulturelle Arbeit notwendigerweise mit politischer Aktion; die Erkenntnis und die Formulierung von Missständen ist undenkbar ohne den Willen zur Veränderung. Ein Versuch in dieser Richtung wird zum Beispiel vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt unternommen, der in allen grösseren deutschen Städten und auch in Zürich eine Werkstatt hat, wo Erwerbstätige Texte über ihre Arbeitswelt herstellen.» Elisa Fuchs

cf. Fischer Taschenbücher Band 1379 «Liebe Kollegin», Band 1383 «Liebe Freizeiterin» und 1413 «Schichtwechsel», Band 1445 «Der rote Grossvater erzählt».

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «das konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abnottierplan in dieser Nummer.

